

GESCHÄFTSBERICHT 2010



L-BANK IN ZAHLEN

ÜBERSICHT 2007–2010				
In Mio. EUR	2007	2008	2009	2010
Bilanzsumme	59.536,27	61.286,49	59.711,20	61.001,34
Eigenkapital	1.813,49	1.733,70	1.759,01	1.857,83
Zinsüberschuss	338,49	353,64	394,20	422,05
Jahresüberschuss	101,65	21,71	50,31	148,82

	2007	2008	2009	2010
Kernkapitalquote	5,66 %	7,35 %	8,12 %	8,59 %
Gesamtkapitalquote	9,96 %	12,94 %	13,47 %	14,01 %
Zahl der Mitarbeiter	1.130	1.175	1.230	1.222

2010		
	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AA+

DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT EUROPAS VORBEMERKUNG ZU UNSEREM THEMA UND KONZEPT 2010

Alle Zahlen und Daten in diesem Geschäftsbericht wurden sorgfältig geprüft. Trotzdem werden Sie darin fünf Aussagen entdecken, die offensichtlich nicht zutreffen.

Auf unseren Themenseiten zitieren wir fünf Prognosen, die vor einigen Jahrzehnten von Fachkennern aufgestellt wurden – und die sich mittlerweile als falsch erwiesen haben. Diese Zitate zeigen uns deutlich: Niemand kann mit Sicherheit die Zukunft vorhersagen.

Als Förderinstitut des Landes setzt sich die L-Bank mit aktuellen Daten und Tendenzen auseinander. Um Szenarien aufzustellen und zu analysieren, braucht man neben Fakten und Wissen auch einiges an Vorstellungskraft. Manchmal holt dann die Wirklichkeit die Vorstellungskraft ein. Aber ohne Visionen und die Fähigkeit, sie zu korrigieren, wäre Fortschritt nicht möglich. Wagen wir also Prognosen zu den gleichen Themen – in einigen Jahren werden wir sehen, ob die Zukunft uns recht gibt.

Und weil Fachleute besser in die Zukunft Ihrer Spezialgebiete blicken können als wir, haben wir Experten gebeten, die Prognosen aus der Vergangenheit zu kommentieren und uns einen Ausblick auf ihr jeweiliges Themengebiet zu geben. Freuen Sie sich also auf die Einschätzungen führender Forscher und Manager, die beschreiben, wie sich die Wirtschaft in Europa entwickeln könnte.

DAS
FERTIG

AUTO
ENTW

WAS
DIA
NO

...D IST
...WICKELT.
...KANN
...KOMMEN?
...CH

» *Carl Benz, um 1920*

„ELEKTROANTRIEBE,
 HOCHLEISTUNGS-
STROMSPEICHER,
 LEICHTBAU-
WERKSTOFFE WIE
CARBON, BRENNSTOFF-
ZELLEN  UND
AUTONOMES
FAHREN.“



▲ Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer, Leiter des Fachgebiets „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Automobilwirtschaft“ an der Universität Duisburg-Essen



Im Grunde genommen ist ein Auto immer noch ein Auto. Aber was waren die Meilensteine, die es seit Carl Benz immer besser gemacht haben?

Heute ist das Auto ein Design-Objekt mit hochwertigem Interior, jeder Menge Sicherheitsausstattung und Elektronik, kraftvollen Antrieben, Hochtechnologie-Fahrwerken und „vernetzt“. Mit dem Auto von Carl Benz hat es so viel Ähnlichkeit wie der Airbus A 380 mit dem Fieseler-Storch. Beide fliegen – aber das war's dann auch schon.

Was werden die nächsten Meilensteine sein? Werden die europäischen Hersteller die entscheidende Nasenlänge voraus sein?

Die Vision lautet Null-Emissionen und Null-Verkehrstote gemixt mit Emotion. Elektroantriebe, Hochleistungsstromspeicher, Leichtbauwerkstoffe wie Carbon, Brennstoffzellen, autonomes Fahren sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Die deutschen Premiumhersteller haben beste Voraussetzungen, um bei diesem Spiel kräftig mitzumischen.

Ist das Auto die Zukunft oder müssen wir uns Mobilität in 50 Jahren ganz anders vorstellen?

Wenn wir konsequent die Vision von Null-Emissionen und Null-Verkehrstoten beachten, wird das Auto auch in 200 Jahren ein wesentlicher Träger unserer individuellen Mobilität sein. In den Mega-Citys der Welt erhält es eine neue Rolle. Es wird Teil eines neuen Mobilitätssystems, ist mit Bahnen, Bussen, E-Bikes vernetzt und ist nicht mehr isoliert. Autonutzung und nicht der Besitz stehen in den Mega-Citys morgen im Mittelpunkt.

INHALT

Grußwort des Vorsitzenden des Vorstands	14
Schwerpunktthema Die wirtschaftliche Zukunft Europas, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn	20
Geschäftsfelder Neue Wege für Entwicklungen bahnen. Für den Mittelstand, die Kommunen und die Bürger Baden-Württembergs	28
Förderung der baden-württembergischen Wirtschaft	30
Förderung von Wohnraum	38
Förderung von Infrastruktur, Familien, Bildung und Sozialem	44
Unternehmensstruktur	49
Lagebericht Bericht des Vorstands der L-Bank über das Geschäftsjahr 2010	54
Bericht des Verwaltungsrats	77
Jahresabschluss	79

THE FINE

FEINEN

FERNER VIE

FENNE FEINE



» Thomas Watson, Chef von IBM, 1943

„DIE PCS  WERDEN
MOBILE ENDGERÄTE
SEIN  UND DIE ZAHL
DER MENSCHEN, 
DIE VON IT-GESTÜTZTEN
ABLÄUFEN BERÜHRT
 WERDEN,
WIRD WEITER
STEIGEN.“



 Michael Kleinemeier, Regionalpräsident DACH und Geschäftsführer der SAP Deutschland AG & Co. KG

Ende 2008 gab es etwa eine Milliarde Computer auf der Welt. Braucht die Welt noch mehr PCs?

Es ist schon lange keine Frage mehr, ob und wie viele PCs wir brauchen. Die IT-Entwicklung in ihrem Ausmaß und in ihrer Schnelligkeit braucht immer mehr Computer. Die PCs der Zukunft werden jedoch mobile Endgeräte wie Blackberrys, iPhones, iPads sein und die Zahl der Menschen, die von IT-gestützten Abläufen berührt werden, wird weiter steigen. Zusätzlich werden in Zukunft standardisierte Abläufe mit hochgradiger Effizienz in Mega-Rechenzentren über die Cloud abgewickelt. Deshalb findet die zweite große IT-Bewegung in der effektiveren und ortsübergreifenden Nutzung von Computerleistung statt: Stichwort Cloud Computing. Der Bedarf hierfür ist enorm.

Gibt es wichtige Trends, was die Steuerung von Computern angeht?

Das In-Memory-Computing, wiewohl nicht brandneu und bereits bei hochvolumigem Datenverkehr wie in der Finanzwirtschaft eingesetzt, ist eine der bahnbrechenden Techniken, die die Informationstechnologie in den nächsten Jahren entscheidend verändern wird. Wenn In-Memory seinen Weg in die breite Softwarenutzung findet – und SAP ist hier einer der Treiber dieser Entwicklung – können mehrere Milliarden Datensätze in weniger als einer Sekunde – also in tatsächlicher Echtzeit – prozessiert und analysiert werden. So stehen Analysen und Simulationen in Sekundenbruchteilen zur Verfügung, für die wir heute Monate, wenn nicht Jahre benötigen. Interessant wird dieses nicht nur für rückblickende, datenintensive Analysen, sondern vor allem für vorausschauende, komplexe Fragestellungen.

Wird die europäische Forschung und Entwicklung eigene Akzente im IT-Bereich setzen?

Die IT wird den wachsenden Bedarf der Vernetzung in verschiedenen Dimensionen ermöglichen: Auf der Ding-Ebene werden Maschinen verstärkt direkt in computerisierte Abläufe einbezogen, auf der Dienste-Ebene werden Produkte und Dienstleistungen vermehrt miteinander verwoben. Auf der Personen-Ebene nimmt das IT-gestützte soziale und wirtschaftliche Handeln zu. In der Zeitdimension schließlich rücken Wissen und Handlungsfähigkeit einander immer näher. Diese vier Dimensionen treiben Trends und bestimmen die Richtung und den Erfolg von Neuerungen in der Informationstechnologie. In Europa haben wir eindeutige Forschungs- und Entwicklungskompetenzen in den beiden ersten Feldern, wie es eingebettete Software bei Maschinen- und Anlagensteuerungen sowie das Internet der Dinge beeindruckend beweisen. Wir müssen nun darauf drängen, die Rahmenbedingungen für IT-Forschung einheitlich zu verbessern, damit das Innovationspotenzial zu einem tragenden wirtschaftlichen Faktor für Europa wird.



GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS



Liebe Geschäftspartner,

um es knapp zusammenzufassen: Baden-Württembergs Wirtschaft hat letztes Jahr die Erwartungen übertroffen. Bundesweit nahm die Wirtschaftsleistung 2010 um 3,6 % zu; das Bruttoinlandsprodukt unseres Landes stieg um 5,5 %. Diese positive Entwicklung belegte auch die Nachfrage nach den Förderangeboten der L-Bank, die Unternehmen investierten wieder mehr in Wachstum. Aber nicht nur in der Wirtschaftsförderung, sondern auch bei unseren Finanzierungen von Wohnraum und Infrastruktur sahen wir letztes Jahr deutliche Zuwächse.

Noch Anfang 2009 sah die Lage anders aus. Die Wirtschaft Baden-Württembergs hatte die Auswirkungen der globalen Krise deutlich gespürt, bedingt war das vor allem durch die Branchenstruktur des Landes und seine Exportorientierung. Als Mitte letzten Jahres der konjunkturelle Aufschwung an Dynamik gewann, schlug das Pendel wieder auf der anderen Seite aus. Gerade die zuvor betroffenen Branchen und der Export erwiesen sich als Wachstumstreiber. Zwei Drittel aller ausgeführten Waren gingen ins europäische Ausland, ein weiterer starker Absatzmarkt war China.

Was sagt uns das? Wir leben in einer wirtschaftlich erfolgreichen Region, die mit einer hohen Innovationskraft und Wachstumsdynamik den Unternehmen beste Rahmenbedingungen bietet. Unser Standort ist aber abhängig von Entwicklungen der globalen Wirtschaft. Er steht im Wettbewerb mit den anderen europäischen Regionen. Baden-Württemberg liegt nicht nur auf der Landkarte zentral in Europa, es ist fest eingebettet in diesen Wirtschaftsraum, wie ja auch unsere Exportzahlen zeigen. Diese europäische Dimension gilt für die gesamte deutsche Wirtschaft – zum Beispiel bei den Kapitalabflüssen, wie es

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn vom ifo Institut in München bereits letzten Herbst mit unserem Beirat diskutierte und hier im Leitartikel unseres Geschäftsberichts darstellt. In europäischem Zusammenhang zu sehen, sind auch die Fragen zur Regulierung des Finanzmarkts, die nicht auf nationaler Ebene zu lösen sind.

Für unsere Förderung wird daher der Blick über den regionalen Tellerrand immer wichtiger. In erster Linie konzentrieren wir uns natürlich auf die Anforderungen, die eine stabile Entwicklung unseres Mittelstands, die kommunalen Belange und die Unterstützung unserer Bürger von uns fordern. Aber die meisten aktuellen Themen – wie Klima- und Umweltschutz – betreffen nicht nur unser Land. Unsere regional orientierte Förderung leistet aber auch hier einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der globalen Entwicklung. Wir bieten dazu Finanzierungen für Unternehmen, die in ihrer Produktion neue Wege gehen wollen, für Gemeinden, die öffentliche Gebäude sanieren, und auch für die privaten Hausbesitzer.

Vor allem geht es darum, neue Ideen zu entwickeln. Zum Beispiel in der Frage, wie mit weniger Energie Mobilität gesichert werden kann. Wenn diese Ideen dann aus Baden-Württemberg kommen, umso besser. Unser Land hat ohnehin den Ruf, eine unerschöpfliche Quelle der Tüftler und Erfinder zu sein. Visionen, Forschung und Entwicklung gehen der konkreten Innovation voraus. Auch darin sieht die L-Bank ihre Aufgabe: für diese Potenziale Spielräume zu schaffen und Wege zu bereiten. Unabhängig davon, ob diese Potenziale in Hightechlaboratorien oder in pfiffigen Handwerksbetrieben liegen. Mit unserer Förderung ermöglichen wir die Finanzierung dieser Investitionen in die Zukunft. Wir bieten Existenzgründern die notwendigen Startmöglichkeiten für ihre neuen Konzepte; wir sind für die etablierten Betriebe da, wenn es um Wachstum und Innovation geht.

Aber Geld allein ist nicht alles: Es geht auch darum, Situationen zu schaffen, die Kreativität ermöglichen. Zum Beispiel mit unseren Technologieparks, die in der Nähe von Universitäten Unternehmen ein Umfeld bieten, das die Zusammenarbeit mit der Forschung erleichtert.

Nicht jede Idee ist erfolgreich, nicht jeder Blick in die Zukunft gelingt. Was uns nicht daran hindern sollte, diesen Blick immer wieder zu wagen. Das versuchen wir dieses Jahr in unserem Geschäftsbericht mit den historischen Ausblicken, die wir zitieren, und mit den aktuellen Statements, die diese Aussagen aufgreifen. Schließlich geht es um unseren gemeinsamen Weg in die Zukunft unseres Landes – als Partner der Politik, des Mittelstands, der Kommunen und nicht zuletzt der Bürger Baden-Württembergs.

Karlsruhe, 7. April 2011

Ihr



Christian Brand
Vorsitzender des Vorstands



WER VON EU
SPRICHT, HA



EUROPA
AT UNRECHT

» *Otto von Bismarck, 1876*

“EUROPEAN 
INTEGRATION WAS
 FORGED
THROUGH
CONCERNS OF
SECURITY
AND 
ECONOMY.”



▣ Ian Johnson, Generalsekretär des Club of Rome und früherer Direktor für Nachhaltigkeit der Weltbank



When we speak of Europe today, how far do you feel the European idea has been achieved, and where is there still a need for action?

European integration was forged through concerns of security and economy. This has established the base for the further development of a European identity including common cultural norms. It would seem to me that this would be the next step in European evolution. Slow but steady integration is likely and a true integrated and united European culture will take time.

What potential does the European economy have for development? Where do its strengths and weaknesses lie, and where are the opportunities?

Europe will find it hard to compete in large-scale bulk manufacturing, especially against Asia and will therefore need to focus on services and high value-added goods such as precision engineering. Agriculture needs serious reform. The current CAP is an anachronism that provides for massive subsidies and trade barriers to other countries. Weaknesses are likely to be more associated with social and equity questions and how to deal with small economies and their special problems.

What will Europe look like in the future? What role will it play globally?

More atomistic and perhaps more local. Smaller communities with defined cultures can better exist within a pan-European concept than ever before. European values associated with enlightened public policy concerns such as evidenced with the concept of the social market economy will prevail. Europe's role will decline in relative economic terms but its moral position and its world view of the role of enlightened public policy at the regional and global level will define its global stature.

WER VOM EURO PROFITIERT WARUM DIE EUROPÄISCHE UNION DIE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT FEHLINTERPRETIERT

Deutschland hat vom Euro profitiert, wie alle anderen Euroländer es auch taten. Der Euro hat eine Zone der Stabilität in Europa geschaffen und die Mitgliedsländer vor Währungsturbulenzen bewahrt. Er hat eine niedrigere Inflationsrate gebracht, als es der D-Mark in ihrer 50-jährigen Geschichte vergönnt war. Er hat den Handel befördert und war ein wichtiger Schritt zur weiteren politischen Integration Europas. Aber hat er Deutschland mehr geholfen als den anderen Ländern?

► Hans-Werner Sinn,
Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, Präsident des ifo Instituts



Viele Finanzminister der EU sehen das angesichts der deutschen Exportüberschüsse so. Sie wollen Deutschland deshalb zwingen, die Löhne zu erhöhen, um diese Überschüsse zu verringern. Sie übersehen dabei aber, dass Exportüberschüsse definitorisch den Abflüssen von Kapital entsprechen. Denn wenn ein Land mehr importiert, als es exportiert, muss es diese Lücke durch Kredite aus dem Ausland schließen. Es kann die zusätzlichen Waren nicht aus dem Einkommen durch die eigene Produktion bezahlen, dieses ist zu gering. Entsprechend gilt für ein Land wie Deutschland, das mehr exportiert, als es importiert, dass es dem Ausland Kapital in die Hand geben muss. Kapital ist das Lebenselixier des kapitalistischen Systems. Wo es hinfließt, erblüht die Wirtschaft, wo es abfließt, erschläft sie. Es ist deshalb abwegig, die Exportüberschüsse als Handelsgewinne zu interpretieren.

Deutschland hat in den Jahren vor der Krise einen Aderlass an Kapitalexporten erlitten, die für Infusionen in die Wirtschaften der südwestlichen Peripherie Europas, aber auch der angelsächsischen Länder und Frankreichs verwendet wurden. Der Bluttransfer hat mitgeholfen, dort einen beispiellosen Boom der Binnenkonjunktur hervorzurufen, der sich von den Immobilienmärkten über die gesamte Wirtschaft erstreckte, während Deutschland erschlaffte.

„Seit 2002 wurden zwei Drittel der deutschen Ersparnisse im Ausland und nur ein Drittel im Inland investiert.“

Seit der Ankündigung des Euro Mitte der 1990er Jahre war Deutschland der zweitgrößte Kapitalexporteur der Welt nach China. Der Löwenanteil seiner Ersparnisse floss in andere Länder, anstatt zuhause investiert zu werden. Seit 2002 wurden zwei Drittel der deutschen Ersparnisse (Private, Staat und Unternehmen) im Ausland und nur ein Drittel im Inland investiert. Deutschland hatte in dieser Zeit die niedrigste Nettoinvestitionsquote aller OECD-Länder und die zweitniedrigste Wachstumsrate aller europäischen Länder. Beim BIP pro Kopf fiel es seit 1995 vom dritten auf den zehnten Platz der EU-Länder zurück. Die Bilanz eines Euro-Gewinners sieht anders aus.

Der binnenwirtschaftliche Boom, den die Kapitalabflüsse in Euroländern wie Griechenland, Spanien, Irland und, in begrenztem Maße auch Frankreich, erzeugten, entwickelte sich in diesen Ländern auf dem Wege einer raschen Zunahme der Bautätigkeit. Die Bauarbeiter fanden Beschäftigung und gaben ihre Verdienste für Konsumgüter aus. Die Eigentümer der Immobilien erfreuten sich hoher Vermögenszuwächse, die sie zu weiteren kreditfinanzierten Investitionen veranlassten. Alles führte zu einem hohen realen Wachstum, aber auch zu einer inflationären Überhitzung, die die Wettbewerbsfähigkeit verringerte und zu Defiziten im Außenhandel führte. Diese Defizite waren das notwendige Gegenstück der Kapitalimporte.

In Deutschland war es umgekehrt. Dort lösten die Kapitalabflüsse eine binnenwirtschaftliche Flaute mit fallenden Immobilienwerten aus. Als Ergebnis der Flaute stiegen die Güterpreise und Löhne nur noch ganz wenig, viel langsamer als in den Nachbarländern. Von 1995 bis 2008 hat Deutschland gegenüber seinen EU-Partnern real um 18 % abgewertet. Diese Abwertung hat die Exportüberschüsse Deutschlands ermöglicht. Für sich genommen waren die Überschüsse ein willkommener



Ersatz für die wegbrechende Binnenkonjunktur. Sie waren aber kein Zeichen der Stärke des Landes, sondern das Ergebnis der Schwäche durch jahrelangen Blutverlust. Hier liegt der entscheidende Interpretationsfehler der EU-Finanzminister.

Die deutschen Kapitalabflüsse waren nicht allein das Ergebnis des Euro. Ich habe Deutschlands Standortschwäche, insbesondere die übermäßige Regulierung des Arbeitsmarktes und die Sozialpolitik, in früheren Jahren häufig problematisiert. Diese Standortschwäche wurde indes zu einem besonderen Problem, als der Euro eingeführt wurde, denn mit ihm wurde ein einheitlicher Kapitalmarkt in Europa geschaffen, auf dem die vormals riesigen Zinsunterschiede verschwanden. Das Finanzkapital konnte die Grenzen nun ungehindert und scheinbar risikofrei überwinden, um im Ausland ertragreiche Projekte zu finanzieren. Das war ein gewaltiger Vorteil für die Kapitalimportländer. Auch profitierten die deutschen Kapitalanleger, oder glaubten es zumindest. Doch die deutschen Arbeitnehmer, deren Produktivität und Lohnniveau maßgeblich vom Kapitaleinsatz im Inland abhängig sind, erlitten schmerzliche Verluste, die die deutsche Gesellschaft vor eine Zerreißprobe gestellt haben.

„Die Zinsspreads steigen wieder und das Sparkapital wird wieder verstärkt zuhause angelegt.“

Nun zeigt die europäische Schuldenkrise, dass manche der versprochenen Renditen doch nicht erzielt werden können. Viele deutsche Kapitalanleger werden ihr Geld nicht mehr wiedersehen. Dies veranlasst sie, umzudenken. Die Zinsspreads steigen wieder und das Sparkapital wird wieder verstärkt zuhause angelegt. Ein Bauboom beginnt gerade in Deutschland. Immobilien gehen heute weg wie warme Semmeln und der Auftragsbestand der Architekten ist so hoch wie seit 15 Jahren nicht. Auch liegt das deutsche Wachstum erstmals seit langem wieder an der Spitze der Eurozone. Spiegelbildlich passiert jetzt das, was in Europas südwestlicher Peripherie während der letzten 15 Jahre geschah. Während die ehemaligen Schuldenländer stagnieren, boomt Deutschland. Die Löhne und Preise werden deswegen in den kommenden Jahren wieder schneller steigen. Das wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit verringern und die Außenhandelsüberschüsse verkleinern.

Der Boom bedeutet nicht, dass es keine Konjunktur mehr gibt. Konjunkturelle Rückschläge gibt es immer wieder von neuem. Es bedeutet aber, dass sich der mittelfristige Trend gegenüber der Entwicklung, die ohne die Eurokrise zu erwarten war, signifikant verbessern wird.

Nur eine Einschränkung ist für dieses Szenario zu machen. Es gilt unter der Voraussetzung, dass die Euro-Rettungspakete nicht oder nur in modifizierter Form verlängert werden. Wenn wir unseren Konkurrenten auf dem Kapitalmarkt unsere eigene Bonität schenken, indem wir ihnen den bedingungslosen Freikauf, quasi eine Vollkaskoversicherung gegen Zahlungsunfähigkeit, anbieten, dann wird das Kapital wieder im Übermaß aus Deutschland herausfließen. Dann heizen wir Länder wie Griechenland, Spanien oder Irland weiter auf und verlängern bei uns die Flaute. Die Fehlentwicklungen, zu denen es unter dem Euro kam, werden dann perpetuiert, und Deutschland wird beim Wachstum neben Italien wieder seine vertraute Schlusslichtposition einnehmen.



Die drahtlos
hat keinen
kommerzielle



se Musikbox
denkbaaren
llen Wert

» *David Sarnoff,
amerikanischer Rundfunkpionier, 1925*

„ICH HABE ÜBER-
ALL ZUGRIFF 
AUF MEINE MUSIK.
UND AUF 
 DIE MUSIK
DER GANZEN
WELT.“



▣ Prof. Dr. Karlheinz Brandenburg, Direktor des Fraunhofer-Instituts für Digitale Medientechnologie IDMT und Mitentwickler des MP3-Formats





War bei der Forschung zum MP3-Format klar, dass hier auch ein entscheidender kommerzieller Schritt bevorsteht?

Schon mein Doktorvater dachte über die Musikverbreitung per Telefon und später den digitalen Hörrundfunk nach. Dass Musik irgendwann auf Halbleiter-Chips gespeichert wird, konnte sich gemäß dem „Moore'schen Gesetz“ jeder schon vor 20 Jahren ausrechnen. Trotzdem hat das Ausmaß der kommerziellen Nutzung unsere Träume weit übertroffen und ich staune heute noch.

Was sind die entscheidenden Veränderungen, die dieses neue Format ausgelöst hat?

MP3 hat mitgeholfen, dass Musik wirklich mobil geworden ist: Ich habe überall Zugriff auf meine Musik und über Internet-Radio und Musikportale auch auf die Musik der ganzen Welt.

Wird in Zukunft die maximale Datenkomprimierung bei optimaler Klangentfaltung möglich werden? Oder wird die Zukunft ganz andere Anforderungen stellen?

Die Mediennutzung der Zukunft ist vielfältig: Im heimischen Wohnzimmer erlebe ich virtuelle Realitäten in Bild und Ton. Wir werden dem Konzertsaallebnis sehr nahe kommen. Medien sind heute schon Teil des Lebens – die Zukunft wird noch reicher an Kommunikation, Interaktion, aber auch ganz einfach an Möglichkeiten der Unterhaltung. Der passive Mediengenuss (als „couch-potato“) wird nicht aussterben, sondern mittels technischer Hilfsmittel nur noch perfekter werden.



NEUE WEGE FÜR ENTWICKLUNGEN BAHNEN FÜR DEN MITTELSTAND, DIE KOMMUNEN UND DIE BÜR- GER BADEN-WÜRTTEMBERGS

Anfang 2010 standen für das gesamte Finanzwesen die Themen Krise und wirtschaftliche Entwicklung eindeutig im Vordergrund. Auch für die L-Bank als Förderbank ging es darum, Lösungsansätze zu entwickeln, mit denen sie den Mittelstand, die Kommunen und den Standort Baden-Württemberg in dieser Situation unterstützen konnte. Dass die Entwicklung Ende 2010 weitaus positiver als erwartet ausfiel, dazu haben die Konjunkturprogramme des Bundes und der Länder einen wichtigen Teil beigetragen. Ebenso entscheidend waren der Anteil, den die Unternehmen mit einer umsichtigen Planung geleistet haben, und die deutlichen Zuwächse beim Export. Für die L-Bank bestätigte sich in den Krisenmonaten, dass sie mit ihrem breit angelegten Förderangebot flexibel reagieren kann. Ihr bestehendes Instrumentarium war geeignet, die Finanzierungen des Mittelstands auch unter veränderten wirtschaftlichen Vorzeichen zu sichern.



Mit situationsgerechten Anpassungen der Programme konnte die L-Bank auch in der Krise die baden-württembergischen Betriebe bei ihren Finanzierungen unterstützen. Gemeinsam mit den Hausbanken und der Bürgschaftsbank im Land ist sie zu jeder Zeit ein verlässlicher Partner der baden-württembergischen Unternehmen.

Wirtschaftsförderung ist aber nur eine der Aufgaben der Bank. Die Förderungsschwerpunkte Infrastruktur, Wohnungsbau, Familien, Bildung und Soziales greifen eng ineinander, wenn es darum geht, das Land in seiner strukturellen Entwicklung zu unterstützen. Unsere Adressaten sind der Mittelstand, die Kommunen und die Familien im Land. Im Rahmen der Förderthemen werden nicht jeweils isolierte Einzelprojekte verfolgt. So gibt es einerseits übergreifende gemeinsame Ziele: Klima- und Umweltschutz zählen dazu. Hier gibt es Programme für Unternehmen, Kommunen und Privatleute. Andererseits geben die Finanzierungen der Bank Impulse über den konkreten Förderzweck und -anlass hinaus. Von den Krediten, die dabei helfen günstigen Wohnraum für junge Familien zu schaffen, profitieren auch die Bauwirtschaft und das regional ansässige Handwerk. Wenn eine Kommune Mittel aus dem Infrastrukturprogramm erhält, um die Modernisierung einer Schule zu finanzieren, resultieren daraus ebenfalls Aufträge für die entsprechenden Gewerke. Impulse für die Konjunktur gehen also von allen Fördermaßnahmen aus.

Auch wo es im Schwerpunkt um einen wettbewerbsfähigen Mittelstand, eine gut ausgebaute Infrastruktur oder ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot geht, in der Summe geht es immer um mehr. Nämlich um das, was „unser“ Baden-Württemberg ausmacht: Lebensqualität für alle Bürger im Land.

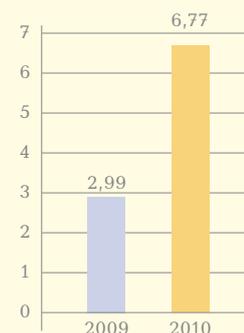
Förderung 2009–2010

In Mrd. EUR

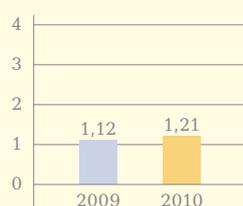
11,2
Mrd. €
für Baden-
Württemberg



Infrastrukturförderung



Wohnraumförderung



Wirtschaftsförderung



Familien, Bildung und Soziales



STARKE IDEEN UND TRAGFÄHIGE KONZEPTE – SOLIDE FINANZIERT FÖRDERUNG DER BADEN- WÜRTTEMBERGISCHEN WIRTSCHAFT

Eine der zentralen Aufgaben der L-Bank ist es, den baden-württembergischen Mittelstand zu unterstützen und damit die wirtschaftliche Entwicklung und den Strukturwandel voranzubringen. Unsere starken Mittelständler brauchen starke Partner, auf die sie sich in jeder Unternehmensphase verlassen können. Das Angebot der L-Bank setzt Schwerpunkte bei Finanzierungen für den etablierten Mittelstand, Existenzgründer und Übernehmer sowie landwirtschaftliche Betriebe. Zinsgünstige Förderkredite sind dabei das wesentliche Instrument, um die Investitionsvorhaben der Unternehmen im Land zu unterstützen. Abhängig von der konjunkturellen Lage verändert sich der Bedarf der Betriebe; so benötigten sie in der Krise verstärkt Finanzierungen von Betriebsmitteln. Auch Bürgschaften wurden vermehrt eingesetzt, um die Liquiditätsversorgung zu sichern.

Dementsprechend breit angelegt sind die Leistungen der L-Bank, damit sie in jeder wirtschaftlichen Situation als Partner des Mittelstands passende Instrumente anbieten kann. Zu diesem Leistungsspektrum zählen auch Mezzanine-Finanzierungen und Beteiligungen mit Eigenkapital. Raum- und Serviceangebote von Technologieparks runden es ab. Über die Finanzhilfen wird eine Unterstützung möglich, die in weiterem Sinne Investitionen in die fachliche Kompetenz der Unternehmen erleichtert. So schaffen das Coaching-Programm und der Innovationsassistent für kleinere Betriebe einen neuen Rahmen, in dem sie ihre eigenen Entwicklungen vorantreiben können. Diese Breite des Angebots der L-Bank erleichtert es ihr, auf kurz- und langfristige wirtschaftliche Bedingungen einzugehen, mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des baden-württembergischen Mittelstands zu stärken.



Die Entwicklung der Wirtschaftsförderung

In Mio. EUR	2009	2010
Mittelstandsfinanzierung*	1.692,4	1.812,6
Existenzgründung	363,1	445,0
Landwirtschaft	173,9	179,7
	2.229,4	2.437,3

* Einschließlich Finanzhilfen, ohne Eigenkapitalfonds und Standortentwicklung

Verteilung des Neugeschäftsvolumens 2010





EXISTENZGRÜNDUNGSFINANZIERUNG – 3.300 UNTERNEHMEN AN DEN START GEBRACHT

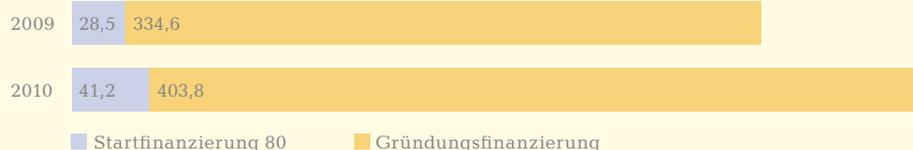
Eine solide Finanzierung ist das A und O einer Gründung. Mit ihren Beratungsangeboten unterstützt die L-Bank Gründer bei der Vorbereitung ihres Projekts. In enger Zusammenarbeit mit den Hausbanken ebnet sie den Weg zu einer Finanzierung, die dem Investitionsbedarf für das geplante Vorhaben entspricht – und damit Liquiditätsengpässe vermeiden hilft. Durch zinsgünstige Kredite und Risikoübernahmen hilft sie dann, den Start in die Selbstständigkeit auf ein gutes Fundament zu stellen. Auch für die ersten Jahre nach der Gründung schafft die Bank Finanzierungsspielräume. Obwohl in Aufschwungsphasen die Zahl der Gründungen üblicherweise wieder zurückgeht, nahmen 2010 deutlich mehr Gründer als im Vorjahr die zinsgünstigen Fördermittel der L-Bank in Anspruch. Sowohl die Zahl der Fälle als auch das Kreditvolumen stiegen um mehr als 20 %.

445
Mio. €
für Gründer
und junge
Unternehmen



Verteilung des Neugeschäfts in der Existenzgründungsfinanzierung

In Mio. EUR



Zwei Programme der L-Bank decken den unterschiedlichen Kapitalbedarf der Gründer ab. So können hohe Investitionen gefördert werden, wie sie etwa bei Hightechprojekten anfallen. Aber auch für den geringeren Bedarf, wie er häufig bei dienstleistungsorientierten Gründungen vorliegt, gibt es die passende Finanzierung. Gerade in diesem Segment, das die „Startfinanzierung 80“ abdeckt, ist letztes Jahr die Nachfrage deutlich gestiegen – um 44 %. Das Programm ermöglicht mit einer 80%igen Risikoabsicherung durch die Bürgschaftsbank auch Gründern ohne Eigenkapital die Finanzierung. Seit Mitte 2010 werden hier Kredite bereits ab 2.500 bis 100.000 Euro vergeben. Der neue Schwerpunkt Mikrofinanzierung wurde im Frühjahr 2011 weiter ausgebaut und ermöglicht die Vergabe von Kleinstkrediten. Programmanpassungen wie zusätzlich eingeführte Laufzeiten erleichtern es, auf unterschiedliche Gründungsszenarien möglichst bedarfsgerecht einzugehen.

MITTELSTANDSFINANZIERUNG – PLUS 70 % FÜR INVESTITIONEN IN WACHSTUM

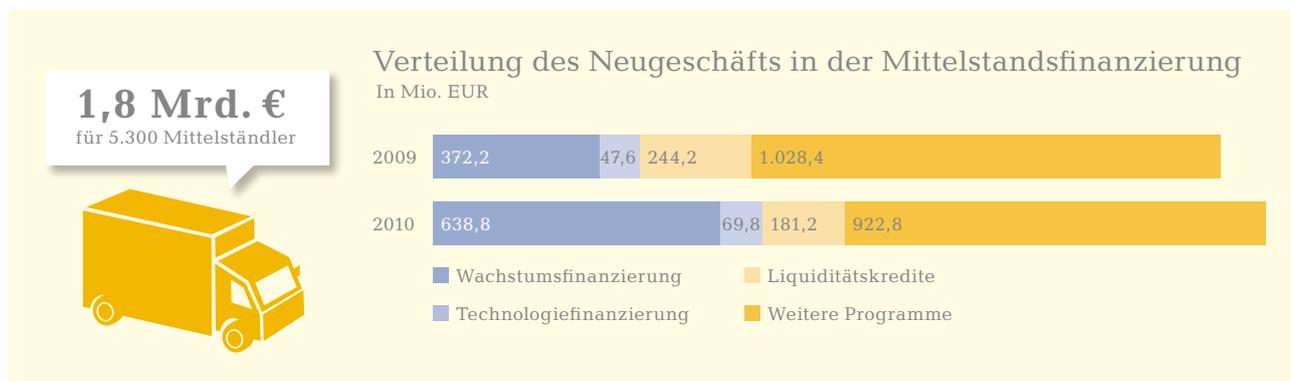
In der Krise hatten die Unternehmen Erweiterungsinvestitionen vermieden, die Kreditangebote wurden zurückhaltend und in geringerem Umfang nachgefragt. In Anspruch genommen wurden in dieser Zeit vor allem Liquiditätskredite zur

► Wachstum durch den Einsatz innovativer Technologien. Seit Gründung der Erbacher Härtetechnik GmbH investierte das Unternehmen immer wieder in die Qualität von Anlagen und Prozessen. Mit der Einführung der Salzabschreckung bei der Stahlhärtung bewältigte das Unternehmen einen weiteren Entwicklungsschritt. Neben technischen Vorteilen versprach sich das Unternehmen Energieeinsparungen sowie Verbesserungen beim Umweltschutz. Die neue Anlage wurde mit einer Technologiefinanzierung gefördert.



Finanzierung von Betriebsmitteln und Konsolidierungen. Mit der positiven konjunkturellen Entwicklung verschob sich dieser Schwerpunkt ab Mitte 2010. Liquiditätskredite wurden wieder seltener nachgefragt, spielten jedoch immer noch eine größere Rolle als vor der Krise. Denn kurzfristiger Liquiditätsbedarf besteht auch im Aufschwung, wenn zum Beispiel der Kauf von Rohstoffen oder das Auffüllen der Warenlager vorfinanziert werden müssen.

Gleichzeitig stiegen die Anfragen zur Kreditfinanzierung geplanter Investitionen. Die stärkste Zunahme verzeichneten die klassischen Investitionsprogramme: mit einem Plus von 70 %. Darüber hinaus nahm das Kreditvolumen der „Technologiefinanzierung“ im vergangenen Jahr um 45 % zu. In diesen Programmen stieg die Zahl der Kredite ebenso wie das durchschnittliche Vergabevolumen; die Unternehmen haben 2010 insgesamt wieder in größere Vorhaben finanziert.



STRUKTURWANDEL DER LANDWIRTSCHAFT: AKZENTE BEI KLIMA UND UMWELT

Neben den Ballungszentren besteht in Baden-Württemberg eine ausgewogene wirtschaftliche Struktur auch in den ländlichen Räumen. Weltmarktführer findet man hier auch weitab von den Metropolregionen. Auch für diese ausgeglichene strukturelle Entwicklung in ländlichen Gebieten setzt sich die L-Bank ein. Die Mittelstandsfinanzierung unterstützt gezielt die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft oder von Freiberuflern, die auf dem Land investieren.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe. Bei diesen zinsvergünstigten Programmkrediten arbeitet die L-Bank eng mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank zusammen. Auch hier nahm der Bedarf an Liquiditätshilfen ab und sowohl die Zahl als auch das Volumen der Investitionskredite zu. 179,7 Mio. Euro wurden insgesamt vergeben. Die Mehrzahl dieser Programme setzt einen Akzent beim Klima- und Umweltschutz. Bereits seit zwei Jahren steigt vor allem die Nachfrage bei dem Angebot „Energie vom Land“, das die Nutzung erneuerbarer Energieträger oder nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung unterstützt. Mit 82,5 Mio. Euro wurden landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe gefördert, die Fotovoltaik- oder Biogasanlagen errichtet haben.

► Energie von Huhn, Schwein, Kuh und Feld. Hergebrachte landwirtschaftliche Prinzipien mit neuen Entwicklungen verbindet die Bioenergie Wald GmbH & Co KG. Rund um eine Biogasanlage wollen Jürgen Krall und seine Mitgesellschafter einen kompletten Stoffkreislauf schaffen. Die Anlage verarbeitet zu 50% Gülle und Mist – von den eigenen und umliegenden Höfen. Die übrigen 50% sind Grünzeug und Mais – von Flächen, die nicht mehr sinnvoll genutzt werden können, und aus der Dreifelderwirtschaft. Die Investition wurde durch Energie vom Land gefördert.



BÜRGSCHAFTEN: NACHFRAGESCHUB BEI GROSSEN VOLUMINA BLIEB AUS

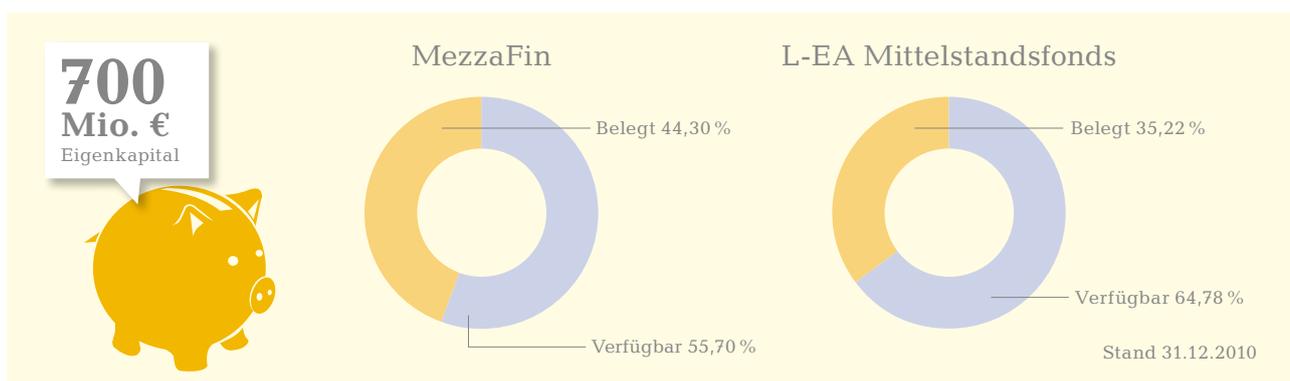
Als Reaktion auf die Krise hat die L-Bank in den beiden vergangenen Jahren ihre Programme schrittweise angepasst und unter anderem die Angebote in Verbindung mit standardisierten Bürgschaften ausgebaut. So wurden Liquiditätskredite in einer Variante mit einer 50%igen Haftungsfreistellung der Bürgschaftsbank eingeführt. Da Anfang 2010 noch mit Finanzierungsengpässen bei größeren Mittelständlern gerechnet wurde, legte das Land die Zuständigkeiten bei den Bürgschaften neu fest. Die L-Bank übernimmt seither im Einzelfall, befristet bis 30. September 2011, Bürgschaften bis zu 10 Mio. Euro. Dank des konjunkturellen Aufschwungs mussten die Unternehmen im Land jedoch nicht auf dieses Angebot zurückgreifen. Ein höherer Bedarf bestätigte sich lediglich bei den Haftungsfreistellungen über geringere Volumina, die von der Bürgschaftsbank abgedeckt werden konnten. Im Bürgschaftsprogramm der L-Bank und bei den Landesbürgschaften wurden insgesamt 60,2 Mio. Euro vergeben. Bei einer gleichbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung erwartet die L-Bank auch im aktuellen Geschäftsjahr keinen signifikant höheren Bedarf.

EIGENKAPITAL: VOLUMEN AUF 700 MIO. EURO AUFGESTOCKT

Weit verbreitet war die Befürchtung, dass die ohnehin relativ geringen Eigenkapitalquoten der Unternehmen in der Krise weiter sinken könnten. Diese kritische Entwicklung trat nicht ein. Im Gegenteil: Viele Unternehmen und gerade auch kleinere Betriebe konnten ihre Quote verbessern. Dennoch braucht der Mittelstand gerade in Wachstumsphasen Partner, die innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens Beteiligungen eingehen. Nur so lassen sich umfangreiche Investitionsvorhaben oder expansiv ausgerichtete Nachfolgefinauzierungen bewältigen. Allerdings vermieden die Unternehmen letztes Jahr noch Vorhaben mit entsprechend hohem Kapitalbedarf.

Auch die unbesicherten Nachrangdarlehen des Programms „MezzaFin“ wurden 2010 zurückhaltend genutzt. Da aber ab 2011 kapitalmarktrefinanzierte Mezzanine-Programme auslaufen, wird es für Mittelständler schwierig werden, entsprechende Anschlussfinanzierungen zu finden. Um hier vorzubauen, hat die L-Bank das Volumen von „MezzaFin“ schon letztes Jahr auf 200 Mio. Euro verdoppelt. Denn „MezzaFin“, das Beträge bis zu 1,5 Mio. Euro abdeckt, ermöglicht den betroffenen kleineren und mittleren Unternehmen, die entstehende Finanzierungslücke zu schließen. Bereits Ende 2010 bestätigte die steigende Zahl der Anfragen diesen zunehmenden Bedarf.

Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis größerer Mittelständler bietet die L-Bank mit ihrem L-EA Mittelstandsfonds Eigenkapital- oder eigenkapitalähnliche Finanzierungen von 1,5 bis 50 Mio. Euro. Auch hier wurde im vergangenen Jahr das Fondsvolumen auf 500 Mio. Euro erhöht. Weitere L-EA Fonds haben die Schwerpunkte Wachstumsinvestitionen und junge Unternehmen. Insgesamt hat die L-Bank hier bisher rund 360 Mio. Euro vergeben.



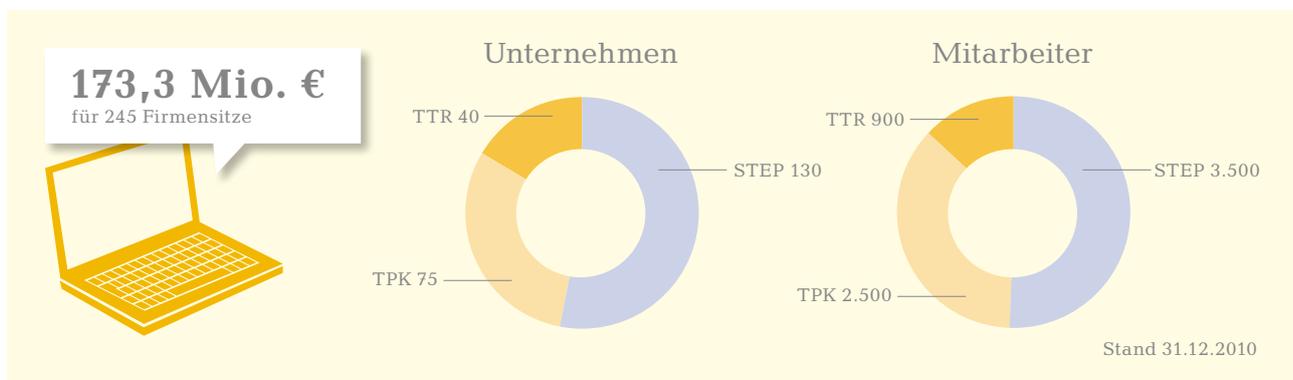
STANDORTENTWICKLUNG: INFRASTRUKTUR FÜR TECHNOLOGIETRANSFER AUSGEBAUT

Über Tochtergesellschaften betreibt die L-Bank Technologie- und Gewerbeparks. Sie unterstützen an hochschul- und forschungsnahen Standorten den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Durch die jeweilige Anbindung an die benachbarten Universitäten sind unterschiedliche Schwerpunkte entstanden: Im Technologiepark Karlsruhe (TPK) ist die IT-Branche stark vertreten, im Stuttgarter EngineeringPark (STEP) kooperiert das Haus der Luft- und Raumfahrt

mit den nahegelegenen Instituten der Universität, im Technologiepark Tübingen-Reutlingen (TTR) sind an zwei Standorten vorwiegend Biotechnologie, Medizin und Umwelttechnik beheimatet.

Das Parkmanagement unterstützt die Betriebe mit einem Service, der weit über technische Raumangebote hinausgeht. Es wird eine Infrastruktur für die Mitarbeiter der angesiedelten Betriebe geschaffen, die sonst allenfalls Großunternehmen aufbauen können. Das reicht bis zum Kindergarten und zur Grundschule im Parkareal. Das Konzept der L-Bank schließt ein, dass die Investments, wenn sie erfolgreich etabliert sind, an Investoren veräußert werden.

Ende 2010 hatte die L-Bank 173,3 Mio. Euro in die Technologieparks investiert. Die Gebäude sind mit einer Belegung von 97,3 % fast vollständig vermietet.



AUSBLICK

Die Unternehmenslandschaft verändert sich, das zeigt gerade der Wandel in der Gründungsszene deutlich. Vernetzung und Zusammenarbeit sowie eine breite Aufstellung in der Unternehmensführung spielen für die heutige Gründergeneration eine wichtige Rolle. Denn die Anforderungen an die Unternehmen steigen, Marktpräsenz und Entwicklungspotenziale müssen gleichermaßen gepflegt werden. Dementsprechend steigt auch die Zahl der Teamgründungen, bei der sich Geschäftsführer mit unterschiedlichen Fachkompetenzen ergänzen. In vielen Branchen nimmt die Bedeutung von Vernetzungen und Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen zu. Nur so ist es möglich, dauerhaft technisch an der Spitze dabei zu sein und die Nase vorn zu behalten. Das gilt für junge Unternehmen ebenso wie für Mittelständler, die schon lange im Geschäft sind.

Neue Technologien und höhere Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz setzen branchenweit Maßstäbe. Mit diesen Themen muss sich auseinandersetzen, wer regional und international konkurrenzfähig bleiben will. Für die L-Bank heißt das: Überall dort, wo sich diese veränderten Bedingungen auf die Finanzierung auswirken, muss die Förderung auf diese neue Situation eingehen. Dabei geht es nicht nur um die Anpassung und Verbesserung der Kreditkonditionen. Ein Beispiel aus der Gründungsfinanzierung: In einer Zeit, in der Unternehmer im Lauf ihres Lebens mehrere voneinander unabhängige Unternehmen gründen und 55-Jährige noch in die Selbstständigkeit starten, greift eine Förderung zu kurz, die nur Erstgründer bis zu einer festgelegten Altersgrenze finanziert. Dementsprechend wurden die Programme angepasst und neu ausgerichtet.

Aber nicht nur langfristige strukturelle Änderungen müssen begleitet werden. Mit dem Aufschwung werden die Betriebe bereits 2011 wieder stärker investieren und brauchen entsprechende Finanzierungsangebote. Nach Erhebungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) aus Mannheim erreichen die geplanten Investitionen in den kommenden Monaten wieder fast das Vorkrisenniveau.

Gerade mit Blick auf die steigenden Anforderungen an die Unternehmen bleibt aber nicht nur die reine Finanzierung eine Aufgabe der Förderung. Beratung ist eine unverzichtbare zusätzliche Hilfestellung und schafft erst die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Förderung. Bei ihren Finanzierungssprechtagen, die die L-Bank gemeinsam mit den Wirtschaftskammern und der Bürgschaftsbank anbietet, beantworten ihre Fachleute die Fragen der Gründer und Unternehmer zur Planung und Verwirklichung ihrer Investitionen. Auch bei Veranstaltungen engagiert sich die L-Bank gemeinsam mit ihren Partnern – vielfach mit den Kammern und der Bürgschaftsbank – für solide Beratung. Denn wenn die Finanzierung zu knapp ist, sind Liquiditätsengpässe oft nicht zu vermeiden. Diese Veranstaltungen sind darüber hinaus Plattformen für einen Dialog mit dem Mittelstand. Nur in diesem engen Austausch mit den Unternehmen gelingt es, Entwicklungen zeitnah aufzugreifen und die passenden Finanzierungen für ihren Bedarf anzubieten. Denn das Ziel der Förderung ist und bleibt es, unseren starken Standort Baden-Württemberg gemeinsam weiter voranzubringen.



◀ Die TRIAZ Gruppe – selbstständig mit 55. Im Jahr 2000 war Ernst Schütz in die Geschäftsführung des überschuldeten Versandhandels eingetreten. Er hat das Unternehmen aus der Insolvenz geführt, restrukturiert und neu organisiert. Mit 55 hat er den Betrieb von seinem ehemaligen Arbeitgeber übernommen und weiter ausgebaut. Mit „Waschbär“ und „Panda“ ist er weltweit der einzige Anbieter eines Vollsortiments ökologisch verträglicher Produkte und plant als Nächstes neue Märkte in Europa zu erschließen. 2010 zählte die TRIAZ Gruppe zu den Top-Ten-Unternehmen des Baden-Württembergischen Landespreises für junge Unternehmen, den Land und L-Bank alle zwei Jahre ausschreiben.

UNSER ZIEL: DIE PASSENDE WOHNUNG ZU TRAGBAREN KOSTEN FÖRDERUNG VON WOHNRAUM

Die L-Bank fördert den Bau, den Erwerb und die Modernisierung von Wohnraum in Baden-Württemberg. Dabei stehen die Finanzierbarkeit der eigenen Immobilie für Familien und der Ausbau des Angebots bezahlbarer Mietwohnungen für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen im Vordergrund. Ein weiterer Schwerpunkt ist der ökologische und energiesparende Aus- und Umbau. Diese Vorhaben unterstützt die L-Bank mit zinsgünstigen Krediten.

Auch 2010 wurde – trotz verringerter Bundes- und Landesmittel – eine leichte Steigerung in den beiden Förderschwerpunkten des Wohnungsbaus erreicht: Für den Mietwohnungsbau und die Eigentumsförderung wurden insgesamt 1,2 Mrd. Euro vergeben.

1,2 Mrd. €

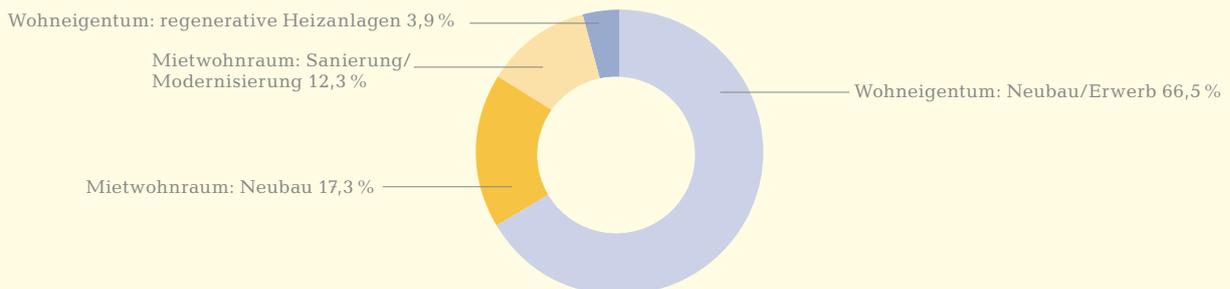
Wohnraumförderung 2010



Die Entwicklung der Wohnraumförderung 2009–2010

In Mio. EUR	2009	2010
Wohneigentum	844,1	849,5
Mietwohnraum	278,4	357,2
	1.122,5	1.206,7

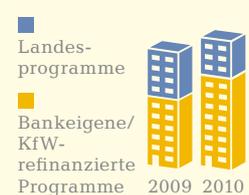
Verteilung des Neugeschäfts in der Wohnraumförderung 2010





In den Programmen der Wohnraumförderung des Landes werden Mittel von Bund und Land eingesetzt, die von der L-Bank durch bankeigene Subventionsmittel ergänzt werden. Sie fließen sowohl in die Eigentums- wie auch in die Mietwohnraumförderung. In den Jahren 2006–2010 standen der L-Bank hierfür jährlich im Durchschnitt 65 Mio. Euro zur Verfügung. 2011 wird erstmals nur noch der verminderte Bundes- und Landesbeitrag von 48,45 Mio. Euro zur Verfügung stehen und mit bankeigenen Mitteln ergänzt werden. Einen Ausgleich dazu hat die Bank mit der Aufnahme von KfW-refinanzierten Programmen wie „Wohnen mit Kind“ geschaffen.

Wohnraumförderung 2009/2010 nach Herkunft der Mittel



WOHNEIGENTUM – FÜR MEHR ALS 8.000 BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE FAMILIEN

Die L-Bank unterstützt vor allem Familien mit Kindern bei der Finanzierung von Wohneigentum. Zwei Programme erleichtern ihnen sowohl den Bau als auch den Kauf eines Hauses oder einer Eigentumswohnung: die Wohnraumförderung des Landes und „Wohnen mit Kind“, das die L-Bank seit 2007 in Zusammenarbeit mit der KfW über die Hausbanken anbietet. Die unterschiedliche Ausgestaltung der Fördervoraussetzungen ermöglicht, dass mit diesen beiden Angeboten eine große Zahl junger Familien im Land erreicht wird. 2010 wirkten sich die verringerten Mittel der Landeswohnraumförderung auf das Kreditvolumen aus, es lag rund 35 % unter dem Vorjahreswert. Durch einen Zuwachs von mehr als 55 % bei „Wohnen mit Kind“ konnte das Gesamtvolumen der Eigentumsförderung dennoch durch die L-Bank ausgeglichen und sogar leicht gesteigert werden.

Im vergangenen Jahr hielt das gestiegene Interesse an der eigenen Immobilie als ideale Wohnform für Familien mit Kindern und zugleich als wesentlicher Baustein der Altersvorsorge weiterhin an. Durch den historisch niedrigen Zins 2010 wurden auch die Förderkonditionen nochmals attraktiver: Damit wurde Familien mit geringerem Einkommen die Finanzierung zusätzlich erleichtert; für viele von ihnen konnte ein Kredit der L-Bank die monatliche Belastung auf der Höhe der bisherigen Mietausgaben halten.



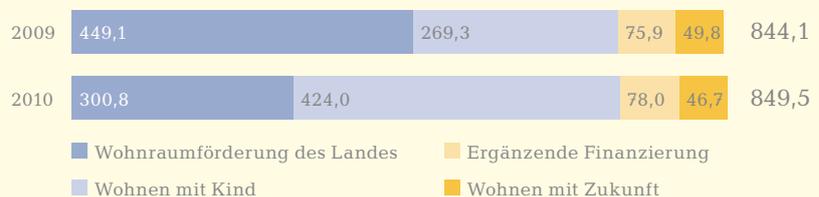
803 Mio. €
für 8.000 Familien



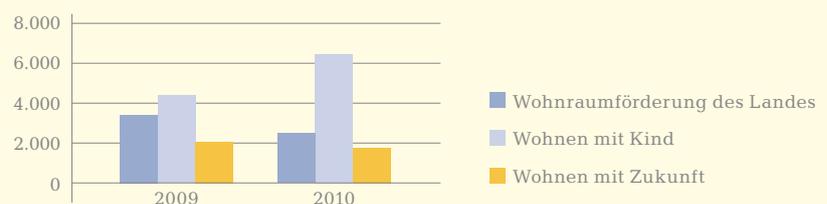
46 Mio. €
für 76 % weniger CO₂



Verteilung des Neugeschäfts in der Eigentumsförderung
In Mio. EUR



Geförderte Wohneinheiten nach Programmen*



* Förderung einer Wohneinheit durch zwei der Programme möglich

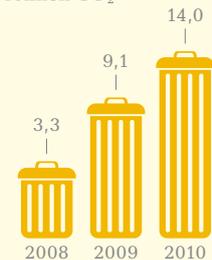
WENIGER NEBENKOSTEN – MEHR UMWELT

Nicht zuletzt wegen der steigenden Nebenkosten gewinnen die Einhaltung ökologischer Standards und die Nutzung umweltfreundlicher Energiequellen an Bedeutung. Die Landeswohnraumförderung berücksichtigt die entstehenden Mehrkosten bei der Bauausführung, indem sie höhere Kredite einräumt. Darüber hinaus finanziert die L-Bank – in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und der KfW – den Einbau regenerativer Heizungsanlagen. Über ihre Hausbanken können sowohl die Besitzer von Altbauten als auch Bauherren diese Förderung beantragen: Mit 46,7 Mio. Euro für 1.800 Vorhaben war 2010 das Fördervolumen leicht rückläufig. Zu Beginn des Vorjahrs war die Kreditvergabe wegen eines Sondereffekts allerdings deutlich gestiegen: Ende März lief die Kombination mit der Darlehensförderung erneuerbarer Energien des Bundes aus und viele Kunden nutzten im ersten Quartal noch diesen Fördervorteil.

Mit den 2010 finanzierten energiesparenden Anlagen wurden die Heizkosten durchschnittlich um 52 % oder zusammengefasst um 1,6 Mio. Euro jährlich gesenkt. Für die Umwelt in Baden-Württemberg bedeutet das, dass von diesen Immobilien jedes Jahr 4.874 Tonnen weniger CO₂ ausgestoßen werden. Das Ziel in den kommenden Jahren wird sein, energieeffiziente Neubauten stärker zu fördern und entsprechende bauliche Verbesserungen bei Bestandsimmobilien zu unterstützen. Mit einem zinsgünstigen Angebot zur Sanierung und Modernisierung wendet sich die L-Bank daher seit 2010 an alle, die in den 70er und 80er Jahren mit der Landesförderung ein Eigenheim finanziert haben. 2011 erweitert sie – gemeinsam mit der KfW – ihr Förderangebot zur Minderung des Energieverbrauchs und CO₂-Ausstoßes. „Energieeffizient bauen und sanieren“ richtet sich an alle, die einen Hausbau, -kauf oder -umbau planen, bei dem in energetische Maßnahmen investiert wird.

Verringerung des CO₂-Ausstoßes

Kumuliert in Tonnen CO₂



◀ Ökologisch bauen und heizen – mit Holz. Für Peter Alper ist es wichtig, dass seine drei Kinder in einem Haus mit möglichst geringer Schadstoffbelastung aufwachsen. 2010 bezog er mit ihnen ein Niedrigenergiehaus in Holzständerbauweise, das der alleinerziehende Vater mit Unterstützung der Wohnraumförderung des Landes gebaut hat.

MIETWOHNUNGSBAU: FÜR GÜNSTIGEN WOHNRAUM UND GERINGE ENERGIEKOSTEN

In den letzten fünf Jahren hat die L-Bank den Neubau von Mietwohnungen sowie Sanierungen und Modernisierungen in Baden-Württemberg mit rund 1 Mrd. Euro finanziert. 2010 stieg das insgesamt vergebene Volumen um 28 % gegenüber dem Vorjahr. Bei der Landeswohnraumförderung liegt seit 2009 ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der angespannten Wohnraumsituation in Groß- und Universitätsstädten. Die ausgereichten Mittel über 55 Mio. Euro flossen fast vollständig in diesen Programmteil, wobei sich bei der Steigerung des Volumens gegenüber dem Vorjahr auswirkte, dass viele der 2009 bereitgestellten Mittel erst Anfang 2010 belegt wurden. Den Neubau sowie die Sanierung und Modernisierung von Mietshäusern unterstützt die L-Bank darüber hinaus mit einem bankeigenen Angebot in Zusammenarbeit mit der KfW. Insbesondere die Verbesserung der energetischen Standards von älteren Gebäuden, die vor mehr als 20 Jahren gebaut wurden, spielt eine zunehmend wichtige Rolle. Hier werden auch in den kommenden Jahren Investitionen notwendig sein, um Heizkosten zu senken und die CO₂-Belastung weiter zu vermindern.

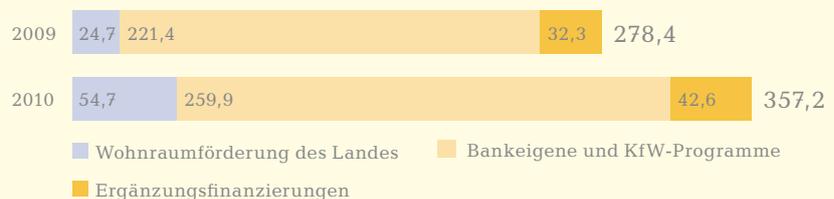


357
Mio. €
für Mietwoh-
nungen



Verteilung des Neugeschäfts Mietwohnraumförderung

In Mio. EUR



AUSBLICK: ANFORDERUNGEN AN DIE WOHNRAUMFÖRDERUNG

In den ländlichen Gemeinden Baden-Württembergs finden Wohnungssuchende schneller das Passende, denn hier besteht meist ein qualitativ ausgewogenes Angebot. Anders sieht die Situation in den Ballungszentren aus, in denen nach wie vor ein deutlicher Nachfrageüberhang besteht. Vor allem in den Groß- und Universitätsstädten ist die Situation weiterhin angespannt. Der Bedarf wird in diesen Zentren auch dann nicht abnehmen, wenn die Bevölkerungszahlen langfristig landesweit sinken. Deshalb wird die Wohnraumförderung des Landes auch in den nächsten Jahren hier einen Schwerpunkt setzen: sei es durch die Förderung neuer Mietwohnungen oder durch Zuschläge beim Eigentumserwerb in Zentren, durch die höhere Kosten ausgeglichen werden.

Darüber hinaus wachsen die Anforderungen an Ausstattung und Bauqualität; energieeffizienter und altersgerechter Ausbau von Neubauten wird zum Standard. Auch an diesen Punkten setzt die Förderung bereits an: So räumt die Landeswohnraumförderung privaten Bauherren für die zusätzlichen Kosten eines ökologisch oder barrierefrei ausgestatteten Neubaus auch höhere Kredite ein. Die L-Bank arbeitet daran, ihr bestehendes Angebot für Sanierungen und Modernisierungen von Altbauten insbesondere für Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung in Kooperation mit der KfW zu erweitern.



◀ Sanierung mit Modellcharakter: das erste Passivhochhaus Deutschlands. Die Freiburger Stadtbau GmbH hat das Hochhaus aus den 60er Jahren attraktiv umgestaltet. Finanziert wurde die Sanierung mit einem Kredit der L-Bank. Das Ergebnis war eine nachhaltige energetische Sanierung bei niedrigen Kosten. Bis zu 80% der Heizkosten werden eingespart, damit werden jährlich rund 57 Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen. Das Bild links zeigt die Fassadengestaltung nach Abschluss der Sanierung.

DAS RICHTIGE UMFELD ZUM LEBEN UND ARBEITEN FÖRDERUNG VON INFRASTRUKTUR, FAMILIEN, BILDUNG UND SOZIALEM

Mit der Belebung der Konjunktur steigen auch die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen wieder. Dieser positive Trend wirkt sich allerdings zeitlich etwas verzögert auf die Finanzlage der Städte und Gemeinden aus. Ihre finanzielle Lage ist vorerst noch angespannt. 2010 erleichterten ihnen die Konjunkturprogramme des Bundes und der Länder Investitionen. Über diese zeitlich befristete Unterstützung hinaus begleitet die L-Bank mit ihrer Förderung die Arbeit der Gemeinden, Städte und Kreise sowie der kommunalen Eigenbetriebe und Zweckverbände in Baden-Württemberg. Über die direkte Förderung kommunaler Investitionen hinaus setzt die L-Bank ihre Ressourcen ein, um für die öffentliche Hand finanztechnische Aufgaben zu übernehmen.

In vielen Fällen ist die L-Bank daher als Dienstleister des Landes tätig, um mit einer schlanken Verwaltung die Vergabe von Geldern zu steuern. Mit anderen Worten: Ihre Aufgabe ist, möglichst effizient Transferleistungen und Zuschüsse korrekt und schnell auszuzahlen. Dazu zählen unter anderem die Finanzhilfen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern nimmt die L-Bank hier ein sehr breites Aufgabengebiet wahr. Für mehrere Ministerien und Einrichtungen des Landes werden von ihr über 130 Förderprogramme administrativ betreut und ausbezahlt. Dass die Bank dabei flexibel und schnell handeln muss, verdeutlicht das

6,7
Mrd. €
für Infrastruktur



Die Entwicklung der Infrastrukturförderung*

In Mio. EUR	2009	2010
Sonderfinanzierung Land	2.190,1	5.998,2
Finanzhilfen**	708,6	503,6
Investitionskredit Kommune direkt	67,9	229,9
Weitere Finanzierungen	26,0	34,4
	2.992,6	6.766,1

* Ohne PPP-Projekte ** 2009 inkl. Konjunkturprogramm

865
Mio. €
für Familien,
Bildung und
Soziales



Verteilung des Neugeschäfts bei der Förderung von Familien, Bildung und Sozialem

In Mio. EUR	2009	2010
Elterngeld	642,4	662,0
Finanzhilfen	225,4	159,5
Erziehungsgeld	51,1	39,3
Studiengebührendarlehen	4,9	4,7
	923,8	865,5

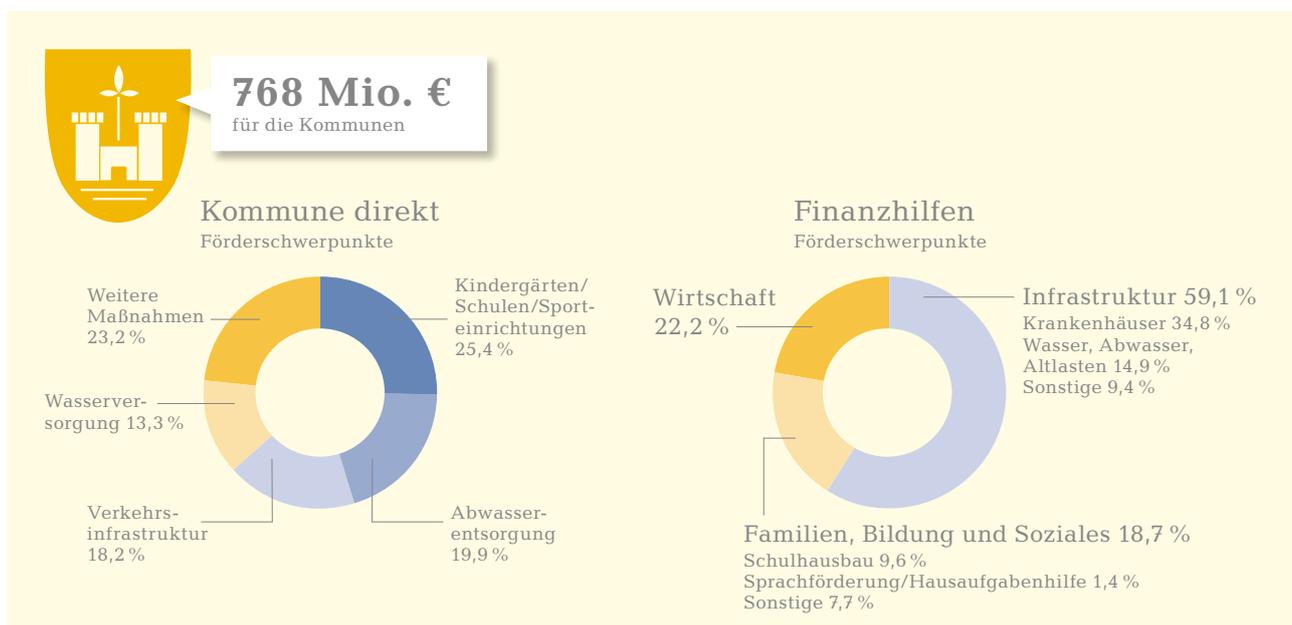
Beispiel der Konjunkturprogramme. Als der Bund und das Land, um eine Konjunkturkrise zu verhindern, zusätzliche Mittel bereitgestellt hatten, wurden sowohl besondere Förder- und Auszahlungsbedingungen als auch knappe Fristen vorgegeben. Diese Regelungen mussten in den bestehenden Förderungen, wie etwa für den Krankenhausbau, die Technologieförderung oder die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum, berücksichtigt und zeitnah umgesetzt werden. Im Zeitraum 2008–2011 werden aus den Konjunkturprogrammen insgesamt über 250 Mio. Euro an Zuschüssen zusätzlich vergeben. In der Praxis wird oft die Zeit knapp, denn die Vorhaben müssen baulich realisiert und rechtzeitig innerhalb der Fristen abgerechnet werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Prüfung der eingereichten Verwendungsnachweise von der Bank innerhalb kürzester Zeit vorgenommen wird.

Aber nicht nur für das Land oder den Bund übernimmt die L-Bank die Vergabe von Geldern. Auch Mittel der EU – wie aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) – zahlt sie aus.

STÄRKUNG KOMMUNALER INFRASTRUKTUR: INVESTITIONS-BEDARF HÄLT AN

Zur Finanzierung kommunaler Infrastruktur setzt die L-Bank zinsgünstige Kredite und Finanzhilfen ein. Gefördert werden Investitionen in öffentliche Gebäude, wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, ebenso wie Vorhaben im Verkehrswesen oder zur Wasserversorgung.

Fast zwei Drittel der Finanzhilfen, die von der L-Bank in Baden-Württemberg vergeben werden, fließen in die Infrastrukturförderung. Die Mittel setzen sich im Wesentlichen aus Geldern des Landes, des Bundes und der EU zusammen. Insbesondere bei der Vergabe von EU-Mitteln sind die Hürden hoch. Nicht nur inhaltlich auch formal muss die Dokumentation der Mittelverwendung den Anforderungen der EU entsprechen. Dies sicherzustellen und zu überprüfen, erfordert einen hohen verwaltungstechnischen Einsatz.



Seit Ende 2009 steht mit den zinsverbilligten Krediten von „Kommune direkt“ für die Kommunen eine weitere Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung. Das Leistungsspektrum des Programms, das in Zusammenarbeit mit der KfW angeboten wird, ist ähnlich breit angelegt wie bei den Finanzhilfen. Bei der Programmgestaltung wurde insbesondere auf eine schnelle unbürokratische Vergabe Wert gelegt. Im letzten Jahr standen Investitionen in Kindergärten und Schulen, in die Abwasserent- und Wasserversorgung sowie in Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur im Vordergrund. Rund drei Viertel der 370 unterstützten Vorhaben entfielen auf diese Maßnahmen.

Darüber hinaus unterstützt die L-Bank privatwirtschaftliche Realisierungen von Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen von PPP-, Betreiber- und Mietmodellen. Hier arbeitet sie ausschließlich mit Geschäftsbanken zusammen und begleitet Projekte

► Individuelle kommunale Projekte – maßgeschneidert gefördert. Der Heidelberger Tiergarten plante im Rahmen eines neuen didaktischen Konzepts mehrere Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Artenschutz. Ein Projektteil war der Bau des neuen Elefantenhauses für Jungbullen, ein wichtiger Baustein innerhalb der europaweit koordinierten Zuchtbemühungen für die bedrohten Asiatischen Elefanten. Mitfinanziert wurde die 500 m² große Halle mit tropischer Bepflanzung und Badebecken unter anderem mit Hilfe eines Investitionszuschusses der Stadt Heidelberg, die hierfür einen Kredit aus „Kommune direkt“ erhielt.

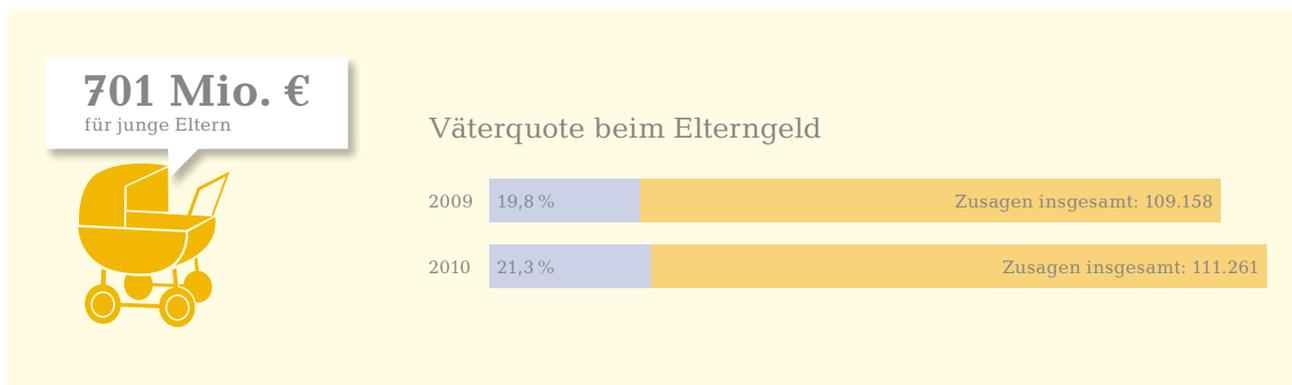


mit Bezug zu Baden-Württemberg. Letztes Jahr hat der der PPP-Markt durch die Krise und das Konjunkturprogramm II an Bedeutung verloren. Dementsprechend nahmen auch die Engagements der L-Bank ab. Da 2009 zwei Großprojekte im Verkehrswegebau unterstützt wurden, wirkte sich der durch die Krise bedingte Rückgang im letzten Jahr besonders deutlich aus. Es wurden 2010 lediglich 95 Mio. Euro vergeben, gegenüber 353,7 Mio. Euro im Vorjahr. Auch für 2011 rechnet die Bank damit, dass die Zurückhaltung in diesem Segment weiter anhält. Längerfristig betrachtet werden aber Privatfinanzierungen von öffentlichen Vorhaben wieder stärker nachgefragt werden.

Mit einer Finanzierungszusage über 5,9 Mrd. Euro unterstützte die L-Bank den Rückkauf der EnBW-Anteile durch das Land.

STARTCHANCEN VERBESSERN – MEHR ZEIT FÜR KINDER

Das Elterngeld der Bundesregierung schafft jungen Familien Freiräume bei der Betreuung des Kindes im ersten Jahr nach der Geburt. Es löste 2007 das Bundeserziehungsgeld ab. Die als Erziehungsgeld ausgewiesenen Mittel gingen an finanziell schwächere Eltern, die in Baden-Württemberg im zweiten Lebensjahr des Kindes mit dem Landeserziehungsgeld unterstützt werden. Insgesamt wurden von der L-Bank 2010 mehr als 130.000 Anträge auf Eltern- und Erziehungsgeld zugesagt.



Beim Elterngeld sind 2010 mehr Anträge eingegangen als im Vorjahr. Zugenommen hat hier im Lauf der letzten drei Jahre vor allem auch der Anteil der Väter, die dieses Angebot nutzen. Seit der Einführung dieser Lohnersatzleistung stieg ihre Quote kontinuierlich. 2011 wird weiterhin mit insgesamt leicht steigenden Antragszahlen gerechnet, wobei die Auswirkungen des novellierten Bundeselterngeldgesetzes bis jetzt noch nicht abzuschätzen sind. Bei der Förderung von Familien mit Kindern und von Bildungsprojekten wird die L-Bank im Wesentlichen als Dienstleister des Landes tätig.

Kinder entwickeln sich schnell, dazu brauchen sie aber auch Anregungen und die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu erproben. Kindergärten und Schulen spielen hier neben den Eltern eine wichtige Rolle. Für sie geht es darum, Kinder beim Lernen frühzeitig zu unterstützen, zum Beispiel durch die Förderung des Spracherwerbs im Vorschulalter oder Hausaufgabenhilfen. Das Land, die Landesstiftung Baden-Württemberg und die EU bieten entsprechende Maßnahmen an, die Kindern



die soziale Integration erleichtern und ihnen auf ihrem Bildungs- und Berufsweg weiterhelfen. Auch bei der Vergabe dieser Mittel an die Einrichtungen im Land ist die L-Bank engagiert. Die unterschiedlichen Aufgaben der L-Bank, die sie zur Förderung von Bildungsangeboten übernimmt, reichten 2010 über die Vergabe von Stüdiengebührendarlehen bis zur Unterstützung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

AUSBLICK

Es ist zwar absehbar, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen in nächster Zeit positiv entwickeln werden, dennoch wird ihre Finanzlage angespannt bleiben. Die Sozialausgaben werden weiter wachsen. Zugleich sind Investitionen notwendig. So stehen vielerorts dringend Modernisierungen und Sanierungen öffentlicher Gebäude an. Ein wesentlicher Hebel, um den Gemeinden Baden-Württembergs zusätzliche Finanzierungsspielräume zu schaffen, wird auch in den kommenden Monaten der Investitionskredit Kommune direkt der L-Bank bleiben.

Aber nicht nur die Verbesserung und Instandhaltung der Infrastruktur drängt. Auch der Ausbau der Förderangebote in Kindergärten und Schulen bleibt eine wichtige Aufgabe. Angesichts knapper öffentlicher Mittel ist im kommenden Jahr nicht mit einer Erweiterung des Angebots zu rechnen.

UNTERNEHMENSSTRUKTUR

CHRISTIAN BRAND Vorsitzender des Vorstands	JÜRGEN HÄGELE Stv. Vorsitzender des Vorstands	DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER Mitglied des Vorstands	DR. KARL EPPLER Mitglied des Vorstands
UNTERNEHMENSBEREICH I	UNTERNEHMENSBEREICH II	UNTERNEHMENSBEREICH III	UNTERNEHMENSBEREICH IV
Koordination der Unternehmensbereiche	Kreditanalyse	Wirtschaftsförderung	Eigentumsförderung
Vorstandssekretariat	Kreditbetreuung Wohnungsunternehmen	Landwirtschafts- und Umweltförderung	Mietwohnungsbauförderung
Unternehmensstrategie	Kreditbetreuung Privatkunden	Personal- und Sozialwesen	Zahlungsverkehr
Öffentlichkeitsarbeit	Fördergeschäft Sachsen	Recht	Wertpapierabwicklung
Volkswirtschaftliche Fragen	Bilanz- und Rechnungswesen	Infrastrukturförderung	Verwaltung
Disposition	Controlling	Allgemeine Sozialförderung	Standortentwicklung
Refinanzierung	Handelsüberwachung und Risikocontrolling	L-EA (Mittelstand)	
Unternehmensbeteiligungen	Informationstechnologie	L-EA (Venture Capital)	
Bauwesen	Betriebsorganisation und Grundsätze des Kreditgeschäfts	Rumänisches Verbindungsbüro	
	Familienförderung	Durchleitungsgeschäft	
	Studienfinanzierung		
DEM GESAMTVORSTAND UNTERSTELLT:			
Interne Revision			
Compliance, Datenschutz, Geldwäsche			
Immobilienbewertung			



EINES TA

ERFINDUNG,

ÜBERFLUSS

BESCHÄFTIGE

WAS KOMMT EINE
DIE DEN ZÜNDAPPARAT
SICH MACHT, UND WIE
ICH DANN MEINE LEUTE?



„AUF LANGE SICHT



WIRD DER

ELEKTROMOTOR

ZUM



WICHTIGSTEN

ANTRIEB DES

AUTOMOBILS.“



▲ Dr. Volkmar Denner,
Mitglied der Geschäfts-
führung der Robert
Bosch GmbH

Es gibt immer mehr Autos mit Elektromotoren. Irgendwann werden Zündanlagen vielleicht tatsächlich überflüssig sein. Ist das heute schon absehbar?

Das Zitat belegt die unternehmerische Verantwortung und Weitsicht von Robert Bosch. Damals hatte die Magnetzündung für Benzinmotoren einen Anteil von mindestens 90 % am Umsatz des Unternehmens. Das ist heute anders. Die Bosch-Gruppe hat sich zu einem international führenden Technologie- und Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Der Verbrennungsmotor ist zu einem High-Tech-Produkt geworden. Und er ist noch nicht ausgereizt. In den nächsten 20 Jahren wird er deshalb als wesentliche Antriebstechnik im Auto dominieren. Auf lange Sicht wird jedoch der Elektromotor zum wichtigsten Antrieb des Automobils.

Energie-Alternativen sind nicht nur bei Motoren gefragt. Wir denken an das Stichwort Green Technology: Wo setzen Forschung und Entwicklung aktuell Schwerpunkte?

Im Jahr 2010 hat Bosch 3,8 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Wir konzentrieren uns in allen Bereichen auf innovative Produkte, die zu mehr Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Umweltschutz beitragen. Rund 45 % unseres Forschungs- und Entwicklungsetats entfällt heute auf Ressourcen und Energie sparende Technologien. Beispiele aus unseren Unternehmensbereichen Industrietechnik sowie Gebrauchsgüter und Gebäudetechnik sind die Themen Solarthermie, Getriebe für Windkraftanlagen, energieeffiziente Hausgeräte sowie Fotovoltaik.

Wie sehen Sie die Zukunft der heutigen Technologien? Gibt es Visionen, welche technischen Entwicklungen in 50 Jahren unseren Alltag bestimmen werden?

Der technische Wandel vollzieht sich immer schneller. Das liegt an den Technologiesprüngen, die durch das sich explosiv vermehrende und überall verfügbare Wissen erst möglich werden. Klar erkennbar ist die zunehmende Vernetzung nicht nur von Menschen, sondern auch von Dingen über das Internet. Das wird unseren Alltag verändern und das auch nicht erst in 50 Jahren. Viele Chancen bieten zum Beispiel die dezentrale Energieversorgung in Gebäuden sowie die Vernetzung von Automobilen. Wir rechnen auch mit großen Fortschritten in der Materialtechnik. Hier wird es in der Zukunft aufgrund immer weiter verbesserter Modellierungs- und Simulationstechnik gelingen, neue Werkstoffe mit den gewünschten Eigenschaften am Computer zu designen.



LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2010

Die L-Bank hat als Staatsbank für Baden-Württemberg den Auftrag, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen. Als Anstalt des öffentlichen Rechts untersteht sie der Aufsicht des Landes, die vom Finanzministerium im Einvernehmen mit dem jeweils fachlich zuständigen Ministerium ausgeübt wird.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erholte sich Deutschland überdurchschnittlich stark und schnell von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Aufschwung wurde maßgeblich durch den Export getragen, was den Status Deutschlands als bedeutendes Exportland bestätigte. Aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stieg das Bruttoinlandsprodukt um 3,6 % (Stand: 24.02.2011).

In diesem positiven Wirtschaftsumfeld erzielte die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, die durch einen bedeutenden Maschinenbau- und Automobilsektor geprägt ist, eine Steigerung des Exportvolumens um 24,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Grundlage für diese Exportsteigerung waren die wieder gefüllten Auftragsbücher, wie zum Beispiel im verarbeitenden Gewerbe, das 24,4 % mehr Aufträge als im Vorjahr verzeichnen konnte. Insgesamt wurde das deutlich gestiegene Bruttoinlandsprodukt des Bundes noch übertroffen, in Baden-Württemberg betrug es 4,4 % (Stand: 28.02.2011). Die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg lag im Dezember 2010 mit 4,3 % deutlich unter der Vorjahresquote von 5,1 % und weiterhin unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 7,2 %.

WESENTLICHE ENTWICKLUNGEN IN DER L-BANK

Das Neugeschäftsvolumen der L-Bank betrug im Geschäftsjahr 2010 16.818,3 Mio. EUR (Vorjahr: 9.400,9 Mio. EUR) und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 78,9 % erhöht. Neben einem Einzelgeschäft in der Infrastrukturfinanzierung haben zum Neugeschäft im Wesentlichen Darlehen für Existenzgründer und den Mittelstand und die Wohnungsbaufinanzierung beigetragen.

EXISTENZGRÜNDUNGS- UND MITTELSTANDSFINANZIERUNG

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie ein nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft sind zentrale Anliegen der L-Bank. Zu diesem Zweck unterstützt sie Existenzgründer und mittelständische Unternehmen mit verschiedenen Finanzinstrumenten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr stellte die Bank insgesamt ein Finanzierungsvolumen in Höhe von 2.243,5 Mio. EUR (Vorjahr: 2.396,8 Mio. EUR) zur Verfügung.

Die Finanzierung von Existenzgründungs- und Existenzfestigungsvorhaben hat im Berichtsjahr mit einem Volumen von 445,0 Mio. EUR (Vorjahr:

363,1 Mio. EUR) einen starken Wachstumsschub erfahren. Ausschlaggebend für diese Steigerung war unter anderem die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung mit dem Schwerpunkt „Gründung und Festigung“, die ein Volumen in Höhe von 403,8 Mio. EUR (Vorjahr: 334,6 Mio. EUR) erreichte. Ebenfalls sehr positiv entwickelte sich das „Starthilfeprogramm“, das Produkt für Kleinexistenzgründungen, bei dem der Mindestdarlehensbetrag von 5.000,0 EUR auf 2.500,0 EUR herabgesetzt wurde. Es bewegte sich mit einem Volumen von 41,2 Mio. EUR (Vorjahr: 28,5 Mio. EUR) auf einem neuen Höchststand.

Die Unterstützung von etablierten Unternehmen belief sich im Jahr 2010 auf 1.027,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1.077,7 Mio. EUR). Mit einem Anteil von 45,8 % stellte dies den Schwerpunkt der gesamten Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung dar. Wie bei der Existenzgründung wurde die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, hier speziell der „GuW Mittelstandskredit“, mit 638,8 Mio. EUR (Vorjahr: 372,2 Mio. EUR) besonders nachgefragt.

Zugunsten des Mittelstands wurde im Berichtsjahr eine Ausweitung des Bürgschaftsprogramms vorgenommen. Die Risikoübernahme der L-Bank beträgt nun bis zu 10,0 Mio. EUR je Finanzierungstransaktion (Vorjahr: bis zu 5,0 Mio. EUR). Eine weitere Veränderung fand bei dem unbesicherten Nachrangdarlehen „L-MezzaFin“ statt; das Programmvolumen wurde von 100,0 Mio. EUR auf 200,0 Mio. EUR aufgestockt.

Weitere Aktivitäten der L-Bank im Bereich der Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung stellten die Unterstützung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums mit einem Volumen von 480,5 Mio. EUR (Vorjahr: 557,3 Mio. EUR) sowie Konsortialfinanzierungen in Höhe von 290,1 Mio. EUR (Vorjahr: 385,0 Mio. EUR) dar.

WOHNUNGSBAUFINANZIERUNG

Im Geschäftsfeld Wohnungsbaufinanzierung fördert die L-Bank den Bau, den Erwerb und die Modernisierung sowohl von selbstgenutztem Wohnraum als

auch von Mietwohnraum. Sie reichte im Berichtsjahr insgesamt ein Volumen von 1.206,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1.122,5 Mio. EUR) aus.

Bei der Finanzierung von selbstgenutztem Wohnraum stieg das Volumen leicht auf 849,5 Mio. EUR (Vorjahr: 844,1 Mio. EUR). Hierzu trug das Landeswohnraumförderprogramm als zentrales staatliches Instrument der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum in Baden-Württemberg mit 279,3 Mio. EUR bei. Das im Vergleich zum Jahr 2009 um 34,5 % gesunkene Neugeschäft in diesem Programm ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Subventionsmittel in geringerem Umfang zur Verfügung standen. In dem Programm „Wohnen mit Kind“, das den Bau und Erwerb von Wohneigentum von jungen Familien fördert, wurde das Volumen hingegen von 269,3 Mio. EUR auf 424,0 Mio. EUR signifikant gesteigert.

Auch der Mietwohnungsbausektor wies im Berichtsjahr eine positive Entwicklung auf: Das Volumen stieg auf 357,2 Mio. EUR (Vorjahr: 278,4 Mio. EUR). Anders als bei der Finanzierung von selbstgenutztem Wohnraum verzeichnete die L-Bank hier bei dem Landeswohnraumförderprogramm nahezu eine Verdopplung der ausgereichten Mittel (Berichtsjahr: 54,7 Mio. EUR; Vorjahr: 27,8 Mio. EUR).

REFINANZIERUNG UND BANKSTEUERUNG

Das hervorragende Standing an den nationalen und internationalen Finanzmärkten und das breit diversifizierte Refinanzierungsinstrumentarium der L-Bank bilden die Grundlage für die zuverlässige Mittelbeschaffung in allen Laufzeitbereichen. Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Der letztgenannte Haftungsmechanismus impliziert eine adressenmäßige Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Diese herausragende Position am Geld- und Kapitalmarkt bescheinigen die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard

& Poor's mit einem erstklassigen Rating von Aaa bzw. AA+, wobei Standard & Poor's im Geschäftsjahr den Ausblick von „stabil“ auf „positiv“ angehoben hat.

Die L-Bank konnte durch selektives Vorgehen bei der Nutzung der angebotenen Refinanzierungsalternativen die Ziele bezüglich Volumen, Fristigkeit und Struktur vollständig erreichen. Aufgrund des kontinuierlichen Investoreninteresses für Commercial-Paper-Emissionen der L-Bank wurde der Programmrahmen im Jahr 2010 von 5,0 Mrd. EUR auf 10,0 Mrd. EUR aufgestockt. Die Auslastung lag zum Jahresende bei 7,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,1 Mrd. EUR). Der strategische Schwerpunkt der mittel- und langfristigen Refinanzierung lag im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Zentrales Instrument hierfür ist das Debt Issuance Programme mit einem Rahmenvolumen von 30,0 Mrd. EUR, das per 31.12.2010 mit 14,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 16,0 Mrd. EUR) beansprucht wurde. Es wurden drei Benchmark-Anleihen begeben: eine fünfjährige Anleihe in Euro über 1,0 Mrd. EUR sowie zwei Anleihen in US-Dollar mit Laufzeiten von drei und fünf Jahren und einem Gesamtvolumen von 2,5 Mrd. USD bzw. 1,9 Mrd. EUR. Daneben wurden weitere Privatplatzierungen in verschiedenen Währungen begeben. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktrefinanzierungen im Jahr 2010 belief sich auf 8,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 10,8 Mrd. EUR).

Im Rahmen des Banksteuerungsgeschäftes verfolgt die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit einem Fokus auf gute bis sehr gute Bonitäten. Dies gilt auch für Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen: Die Bank besitzt über-

wiegend Papiere mit einem Rating im Bereich von AAA und AA. Ratingveränderungen im abgelaufenen Geschäftsjahr resultierten vorwiegend aus Änderungen und Anpassungen der Bewertungsmodelle von Seiten der Ratingagenturen. Es fanden jedoch auch Verschlechterungen in den zugrundeliegenden Portfolios statt, so dass bei Wertpapieren aus Verbriefungen von Darlehen an mittelständische Unternehmen Wertkorrekturen erforderlich wurden.

Im Jahr 2010 wurden revolving Verbriefungen mit erstklassigem Rating von Handels- und Lieferforderungen baden-württembergischer mittelständischer Unternehmen mit kurzer Laufzeit (Asset Backed Commercial Papers) in Höhe von nominal 100,0 Mio. EUR erworben. Am 31.12.2010 waren keine solchen Papiere mehr im Bestand. Bei Credit Default Swaps oder sonstigen garantieähnlichen Risikoübernahmen wurde im Jahr 2010 kein Neugeschäft getätigt. Rückstellungsbedarf aus diesem Geschäftssegment ergab sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht.

Alle Geschäfte zur Banksteuerung werden in den eigenen Büchern geführt. Soweit Verbriefungstranchen mit einem zum Kaufzeitpunkt schlechteren Rating als AA erworben wurden, sind die Zins- und Tilgungsleistungen hieraus ausnahmslos bereits zum Zeitpunkt der Investition durch eine staatliche oder supranationale Einrichtung mit einem Rating von mindestens AA abgesichert worden. Einen Überblick über die Bestände und das Risikoprofil der Asset Backed Securities und Credit Linked Notes (auch unter Beachtung von Sicherungsgeschäften, die beim Kauf abgeschlossen wurden) gewährt nachfolgende Tabelle.

PORTFOLIO DER ASSET BACKED SECURITIES UND CREDIT LINKED NOTES PER 31.12.2010*

	Nominalwert in Mio. EUR	AAA	AA- Bereich	A- Bereich	BBB- Bereich	BB- Bereich	CCC- Bereich
Asset Backed Securities	706,9	61,2 %	14,4 %	14,9 %	0,0 %	1,9 %	7,7 %
Credit Linked Notes	888,1	83,3 %	0,0 %	0,8 %	4,7 %	11,2 %	0,0 %

* Grundlage für die Klassifizierung ist das jeweils schlechteste externe Rating.

SONSTIGE ENTWICKLUNGEN

Die L-Bank ist für die Abwicklung zahlreicher Finanzhilfen verantwortlich und verfolgt damit das Ziel, den Standort Baden-Württemberg unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu stärken. Die auszureichenden Mittel werden insbesondere vom Land, vom Bund und von der Europäischen Union, aber auch von Landesinstitutionen wie der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH und der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH zur Verfügung gestellt. Da das Auftragsvolumen gänzlich von der Mittelbereitstellung der fördernden Institutionen abhängig ist und der Einmaleffekt der zusätzlichen Mittelvergabe im Rahmen der Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes im Jahr 2010 abgeklungen ist, sank das Bewilligungsvolumen um 347,8 Mio. EUR auf 851,7 Mio. EUR. Die Krankenhausförderung machte mit einem Volumen von 296,1 Mio. EUR das größte Investitionsfeld bei den Finanzhilfen aus.

Die L-Bank stärkt mit verschiedenen Finanzierungslösungen die kommunale Infrastruktur. Zu diesem Zweck reichte sie Mittel in Höhe von 360,6 Mio. EUR aus, blieb damit allerdings unter dem Vorjahresvolumen von 478,9 Mio. EUR. Im Zuge des Konjunkturprogramms II und als Folge der Finanzmarktkrise hat der Public-Private-Partnership-Markt (PPP-Markt) in Deutschland im Jahr 2010 deutlich an Bedeutung eingebüßt. Folglich nahm das Finanzierungsvolumen für Infrastrukturprojekte, die auch die PPP-Projekte beinhalten, von 353,7 Mio. EUR auf 95,0 Mio. EUR ab. Dem gegenüber steht ein deutlicher Anstieg des in Kooperation mit der KfW angebotenen Infrastrukturprogramms „Investitionskredit Kommune direkt“ von 66,0 Mio. EUR im Jahr 2009 auf 224,2 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2010. Zusätzlich wurde im Berichtsjahr eine großvolumige Infrastrukturfinanzierung in Höhe von 5.900,0 Mio. EUR getätigt.

Im Auftrag von Bund und Land reicht die L-Bank Bundeseltern- und Landeserziehungsgeld aus. Im Geschäftsjahr 2010 lag das Elterngeld mit einem

Bewilligungsvolumen von 662,0 Mio. EUR geringfügig über dem Vorjahresniveau von 642,4 Mio. EUR. Die Anzahl der bewilligten Anträge zum Landeserziehungsgeld war leicht rückläufig; das Volumen belief sich auf 39,3 Mio. EUR (Vorjahr: 50,9 Mio. EUR).

Die L-Bank geht strategische und krediteretzende Beteiligungen an baden-württembergischen Unternehmen ein; über Tochterunternehmen realisiert sie des Weiteren Maßnahmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg. Das Beteiligungsportfolio wies zum Bilanzstichtag insgesamt einen Buchwert von 498,6 Mio. EUR (Vorjahr: 497,2 Mio. EUR) aus.

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen belief sich zum Jahresende 2010 auf 436,8 Mio. EUR (Vorjahr: 425,2 Mio. EUR). Die Veränderung zum Vorjahr beruht auf einer bei einem Unternehmen durchgeführten Kapitalerhöhung. Für die Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg existiert eine Werthaltigkeitsgarantie des Landes Baden-Württemberg.

Um sich mit Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Mitteln an unternehmerischen Risiken zu beteiligen, verfügt die L-Bank über den L-EA Venture Fonds, den L-EA Mittelstandsfonds sowie den L-EA Garantiefonds. Der L-EA Venture Fonds hat seine Investitionsphase inzwischen beendet, so dass nur noch bestehende Beteiligungen weiterfinanziert werden. Das Investitionsvolumen belief sich zum Jahresende auf 86,1 Mio. EUR (Vorjahr: 85,6 Mio. EUR) und verteilte sich auf 17 Engagements. Im Geschäftsjahr 2010 mussten insgesamt Abschreibungen in Höhe von 12,6 Mio. EUR vorgenommen werden. Etablierte mittelständische Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg werden durch den L-EA Mittelstandsfonds unterstützt. Das Fondsvolumen wurde im Geschäftsjahr 2010 um 150,0 Mio. auf 500,0 Mio. EUR aufgestockt; hiervon stehen 10 % speziell für Venture-Capital-Investitionen zur Verfügung. Per 31.12.2010 bestand das Gesamtportfolio aus 17 Engagements mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 133,9 Mio. EUR (Vorjahr: 128,0 Mio. EUR). Das Garantievolumen

im L-EA Garantiefonds betrug zum Bilanzstichtag 7,1 Mio. EUR (Vorjahr: 7,5 Mio. EUR).

Zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Forschung und Wirtschaft in Baden-Württemberg betreibt die L-Bank über Tochtergesellschaften Technologie- und Gewerbeparks in der Nähe von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Vom ursprünglichen Gesamtinvestment von 459,5 Mio. EUR waren zum Bilanzstichtag noch 173,3 Mio. EUR investiert.

BILANZSUMME UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Die Bilanzsumme stieg im Geschäftsjahr um 2,2 % auf 61.001,3 Mio. EUR. Maßgeblich für diese Veränderung ist aktivseitig unter anderem ein um 1.121,5 Mio. EUR gestiegener Wertpapierbestand. Passivseitig nahmen die verbrieften Verbindlichkeiten um 1.848,3 Mio. EUR zu.

Das Geschäftsvolumen, das auch Bürgschaftsverpflichtungen und unwiderrufliche Kreditzusagen beinhaltet, erhöhte sich sehr viel stärker als die Bilanzsumme, und zwar um 8,7 % auf 76.679,3 Mio. EUR. Diese Erhöhung ist insbesondere auf die im Dezember 2010 zugesagten, aber noch nicht valutierenden Kredite in Höhe von 5.731,2 Mio. EUR für eine großvolumige Infrastrukturfinanzierungsmaßnahme zurückzuführen.

Das Geschäftsergebnis wurde im Wesentlichen durch den Zinsüberschuss bestimmt. In der Vergangenheit wurde der Aufwand für Zinssubventionen in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht bei der Berechnung des Zinsüberschusses berücksichtigt. Ab dem 01.01.2010 werden die Zinssubventionen handelsrechtlich als Zinsaufwand bewertet und demzufolge beim Zinsergebnis in Abzug gebracht. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt daher kein getrennter Ausweis mehr. Im Lagebericht hingegen wird die bisherige Darstellung, d. h. die getrennte Betrachtung beider Positionen, beibehalten.

Die L-Bank bewertet die Zinsverbilligungsmittel als Leistung an das Land Baden-Württemberg und somit betriebswirtschaftlich als Ergebnisverwendung. Der Aufwand für Zinssubventionen ist in der Ergebnisposition „Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse“ enthalten.

Nach dieser betriebswirtschaftlichen Betrachtung belief sich der Zinsüberschuss per 31.12.2010 auf 422,1 Mio. EUR (Vorjahr: 394,2 Mio. EUR). Die Erhöhung ist vor allem auf die günstige Refinanzierung im Rahmen des Commercial Paper Programme zurückzuführen. Beim Provisionsergebnis verzeichnete die L-Bank einen Anstieg von 31,8 Mio. EUR auf 40,5 Mio. EUR. Sowohl die Reduzierung der Provisionsaufwendungen, beispielsweise durch geringere Kosten bei den Avalprovisionen, als auch die erhöhten Provisionserträge sind für diese Veränderung verantwortlich. Der Saldo aus den sonstigen Erträgen und Aufwendungen erhöhte sich um 62,7 % auf 8,3 Mio. EUR.

Die Personalaufwendungen reduzierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 0,5 %, im Wesentlichen bedingt durch Effekte aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Der Sachaufwand verringerte sich insbesondere durch niedrigere Gebäude- und IT-Kosten um 12,6 %. Insgesamt sanken die Verwaltungsaufwendungen der Bank von 127,2 Mio. EUR auf 123,4 Mio. EUR. Die Entwicklungen spiegeln sich auch in der Cost Income Ratio wider, die sich im Jahr 2010 auf 27,0 % (Vorjahr: 30,8 %) verbesserte.

Wie in den Vorjahren erhöhte sich das Betriebsergebnis vor Bewertungsänderungen. Es lag zum Bilanzstichtag bei 347,5 Mio. EUR und übertraf den Vorjahreswert um 14,3 %. Das Bewertungsergebnis für das gesamte Kreditgeschäft einschließlich des Wertpapiergeschäftes lag mit 85,5 Mio. EUR um 27,0 % über dem Vorjahreswert. Im Bewertungsergebnis sind Zuführungen zu Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB enthalten, denen Auflösungen von pauschalierten Einzelwert-

berichtigungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Insgesamt entwickelte sich das Betriebsergebnis nach Abzug der Risikovorsorge und der Bewertungsänderungen positiv; per 31.12.2010 wurde ein Wert von 262,0 Mio. EUR (Vorjahr: 236,6 Mio. EUR) ausgewiesen.

Das verteilungsfähige Ergebnis der L-Bank belief sich im Geschäftsjahr 2010 auf 265,7 Mio. EUR (Vorjahr: 179,5 Mio. EUR).

EIGENKAPITAL UND GEWINN-VERWENDUNG

Aus dem Ergebnis stellte die L-Bank ihrem Eigentümer, dem Land Baden-Württemberg, insgesamt einen Betrag von 246,9 Mio. EUR (Vorjahr: 179,1 Mio. EUR) zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich aus Zinssubventionen und Zuschüssen in Höhe von 101,6 Mio. EUR (Vorjahr: 113,8 Mio. EUR), der Unterstützung des baden-württembergischen Straßenbaus mit 15,3 Mio. EUR (Vorjahr: 15,3 Mio. EUR) und einer Sonderausschüttung mit einem Volumen von 130,0 Mio. EUR (Vorjahr: 50,0 Mio. EUR) zusammen. Vom verbleibenden Bilanzgewinn von 20,0 Mio. EUR werden 19,0 Mio. EUR den anderen Gewinnrücklagen zugeführt und 1,0 Mio. EUR auf neue Rechnung vorgetragen.

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER KENNZAHLEN

	01.01.2010 bis 31.12.2010	01.01.2009 bis 31.12.2009	01.01.2008 bis 31.12.2008
Eigenkapitalquote	2,8%	2,9%	2,8%
Eigenkapitalrendite	15,5%	10,5%	8,7%
Cost Income Ratio	27,0%	30,8%	32,9%

ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. EUR				
	01.01.2010 bis 31.12.2010	01.01.2009 bis 31.12.2009	Veränderung	Veränderung in %
Zinsüberschuss	422,1	394,2	27,9	7,1
Provisionsüberschuss	40,5	31,8	8,7	27,4
Sonstige Erträge/Aufwendungen	8,3	5,1	3,2	62,7
./. Verwaltungsaufwendungen	123,4	127,2	-3,8	-3,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	347,5	303,9	43,6	14,3
./. Risikovorsorge/Bewertungen	85,5	67,3	18,2	27,0
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/ Bewertungen	262,0	236,6	25,4	10,7
Außerordentliches Ergebnis	4,5	0,8	3,7	> 100,0
./. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,0	57,0	-57,0	-100,0
Jahresüberschuss vor Steuern	266,5	180,4	86,1	47,7
./. Ertragsteuern	0,8	0,9	-0,1	-11,1
Verteilungsfähiges Ergebnis	265,7	179,5	86,2	48,0
./. Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse	101,6	113,8	-12,2	-10,7
./. Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	15,3	15,3	0,0	0,0
Jahresüberschuss	148,8	50,3	98,5	> 100,0
./. Sonderausschüttung	130,0	50,0	80,0	> 100,0

RISIKOBERICHT

Die L-Bank hat zur Steuerung der mit dem Bankgeschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem installiert, mit dem die folgenden Ziele verfolgt werden:

- Die Bank ist jederzeit in der Lage, die Risikosituation einzuschätzen.
- Die Risiken werden frühzeitig abgebildet und kommuniziert.
- Handlungsalternativen zur Steuerung der Risiken werden aufgezeigt.

Das Risikomanagement wird durch vier Arten von Maßnahmen umgesetzt:

- Festlegung von Strategien (Geschäfts- und Risikostrategie)
- interner Kapitalallokationsprozess
- Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse
- Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation

GESCHÄFTS- UND RISIKOSTRATEGIE

Bedingt durch ihren öffentlichen Auftrag wird das Risikoprofil der L-Bank in hohem Maße durch die Förderprogramme bestimmt, die eine Konzentration der Ausfallrisiken nach Regionen, Branchen und Kundengruppen (Klumpenrisiken) bewirken. Ziel der Risikosteuerung ist die Sicherung des Fortbestandes der Bank ohne Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg. Die Bank achtet auf eine solide Eigenkapitalausstattung, mit der sämtliche Risiken abgefangen werden können (Risikotragfähigkeit). Auf Basis der Planungen der einzelnen Geschäftsfelder erstellt die Bank jährlich eine Risikostrategie. Unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit zeigt die Risikostrategie den geplanten Umfang der zukünftigen Kreditrisiken und insbesondere der Klumpenrisiken.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

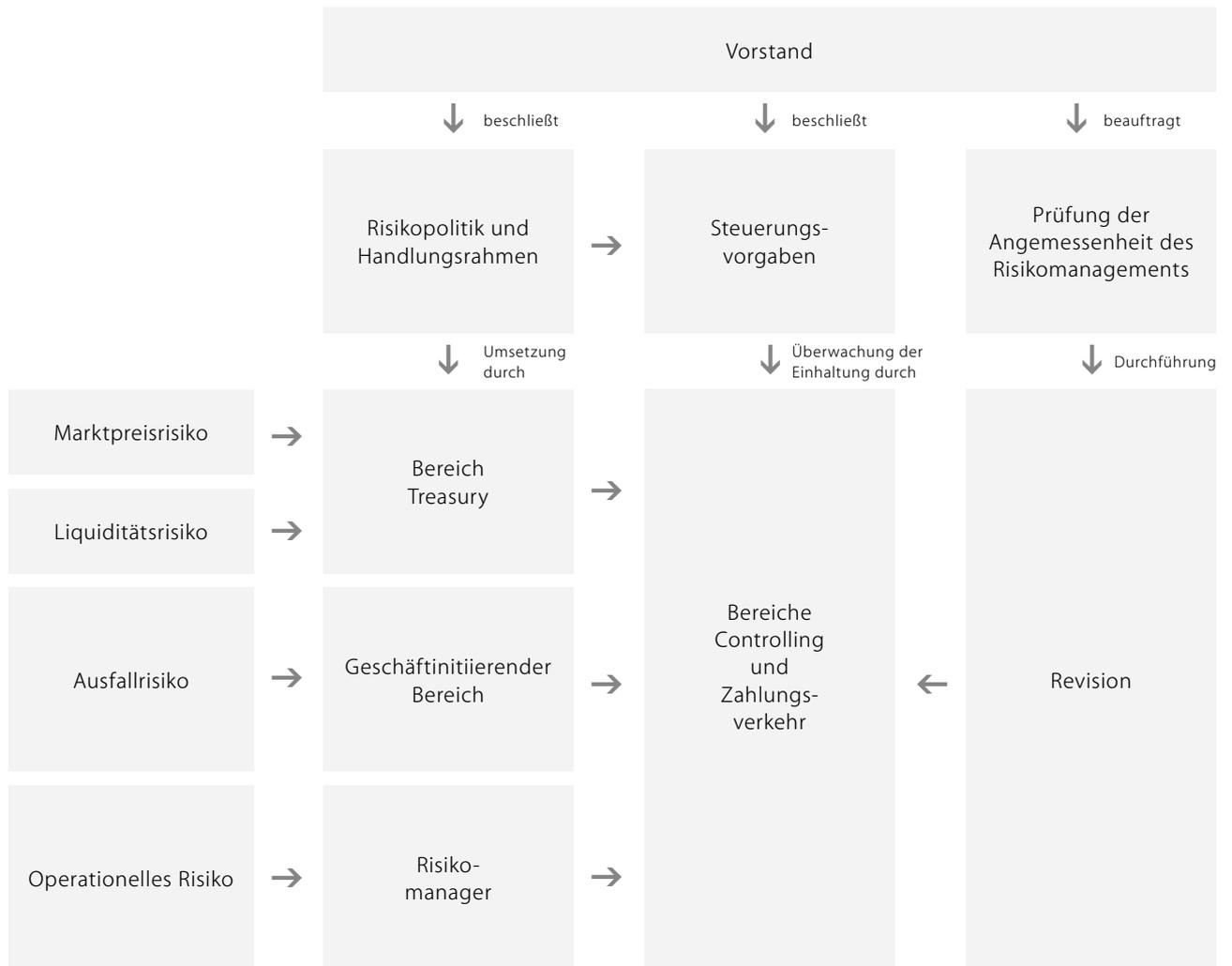
Der Vorstand formuliert die Risikopolitik und bestimmt den Handlungsrahmen für die Umsetzung. Er definiert die Steuerungsvorgaben, indem er insbesondere Risikolimits sowie Sollstrukturen festlegt.

Die Umsetzung der vorgegebenen Risikopolitik obliegt den Fachbereichen. Der Bereich Treasury ist für die Steuerung der Zinsänderungs- und Währungsrisiken im Bankbuch und für das Liquiditätsrisikomanagement zuständig. Für die Steuerung des Kreditausfallrisikos sind die Bereiche verantwortlich, die das Geschäft initiieren. Die operationellen Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese managen entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager).

Die Schätzung der Risiken wird vom Bereich Controlling vorgenommen. Dieser ist zusammen mit dem Bereich Zahlungsverkehr für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Die Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS



INTERNER KAPITALALLOKATIONSPROZESS (ICAAP)

In einem zweigeteilten Regelkreis stellt die L-Bank sicher, dass die unerwarteten Verluste das Risiko- deckungspotenzial nicht übersteigen. Dabei wird der Handlungsrahmen durch die Festlegung von Verlustobergrenzen bestimmt, die im Rahmen eines risikoorientierten Entscheidungsverfahrens aus dem Risikodeckungspotenzial abgeleitet werden.

Risikodeckungspotenzial

Die Bank verfolgt bei der Risikosteuerung den Going-Concern-Ansatz. Das Ziel dieses Ansatzes ist erreicht, wenn bei gleichzeitigem Eintreten aller unerwarteten Verluste die Fortführung des Geschäftsbetriebs unter Einhaltung der Vorgaben des KWG (SolvV und GroMiKV) möglich ist. Im Berichtsjahr hat die Bank als Risikodeckungspotenzial den kleinsten der folgenden Beträge festgelegt: Reserven nach HGB, 40 % des Barwertes der Aktiva und Passiva, 50 % des ausgewiesenen Kapitals. Ab dem Jahr 2011 legt die Bank als Risikodeckungspotenzial Folgendes fest: freies Kernkapital nach SolvV bzw. GroMiKV zuzüglich Reserven nach § 340f HGB und § 26 a KWG a. F. zuzüglich des im Jahresverlauf bereits realisierten sicheren Gewinns.

Gesamtverlustobergrenze

In einem weiteren risikoorientierten Entscheidungsprozess wird bestimmt, welcher Anteil des Risiko- deckungspotenzials im Rahmen der Risikosteuerung als Gesamtverlustobergrenze vorgegeben wird (Risikoneigung). Die Gesamtverlustobergrenze darf nicht größer sein als das zuvor ermittelte Risiko- deckungspotenzial.

Teilverlustobergrenzen

In Abhängigkeit von der Geschäftsart und vom Geschäftsumfang wird die festgelegte Gesamt- verlustobergrenze in Teilverlustobergrenzen für alle wesentlichen Risiken der L-Bank aufgeteilt (Risikotoleranzen für Ausfallrisiko, Marktpreis- risiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko). Dabei werden beim Ausfallrisiko alle Kredite nach § 19 KWG berücksichtigt. Die Gesamtverlustober- grenze darf nicht kleiner sein als die Summe der Teilverlustobergrenzen.

Geschäfts- und Risikostrategie

Die festgelegten Teilverlustobergrenzen werden mit dem Value-at-Risk-Risikokapital verglichen, das für alle gemäß Risikostrategie zu erwartenden Plan- risikovolumina der nächsten drei Jahre notwendig ist. Ist das notwendige Value-at-Risk-Risikokapital höher als die festgelegten Teilverlustobergrenzen, werden die Neugeschäftsplanungen entsprechend angepasst.

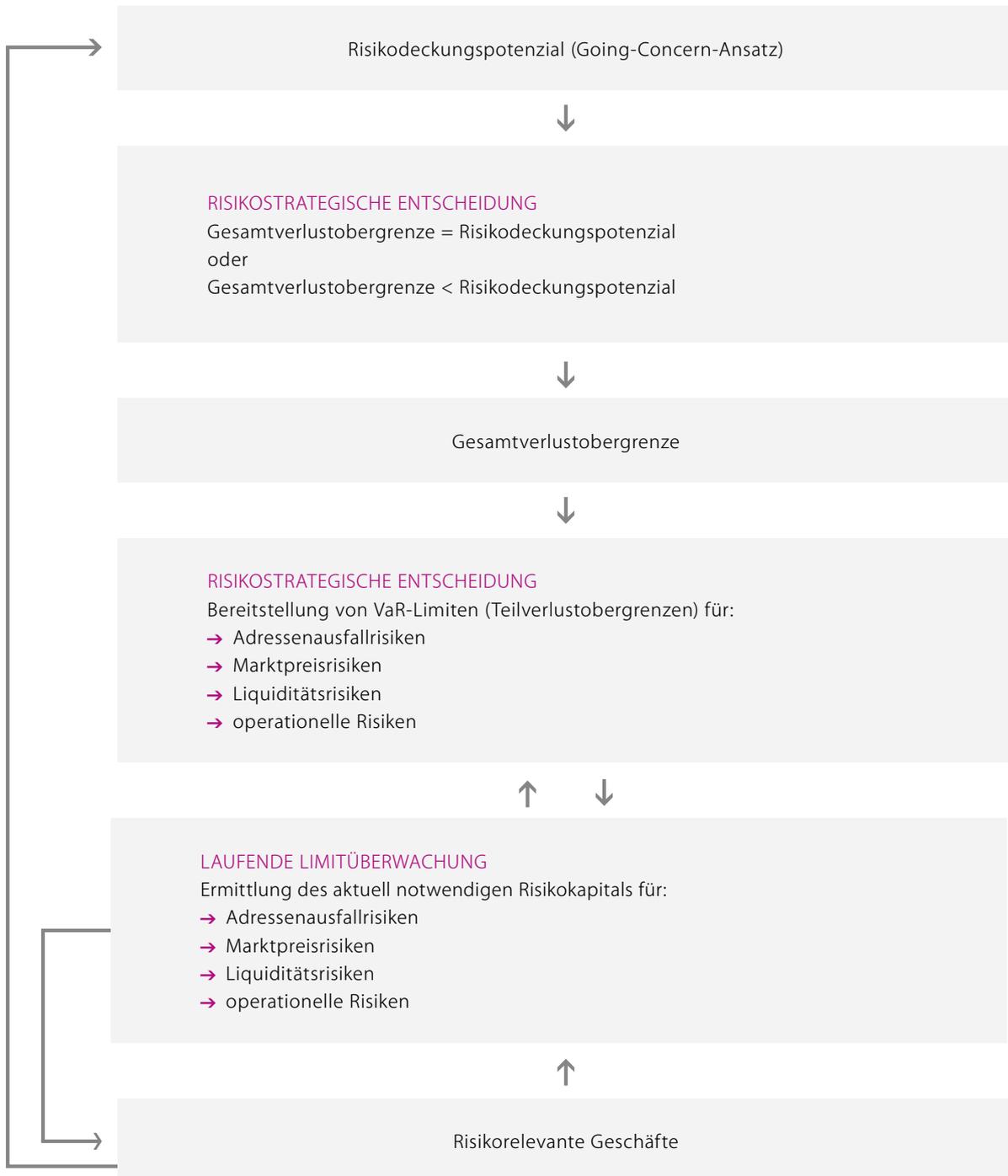
Limitüberwachung und Stresstest

Im Rahmen der laufenden Risikosteuerung und Risikoüberwachung erfolgen regelmäßig folgende Maßnahmen:

- die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials
- der Vergleich der bereitgestellten Gesamtverlust- obergrenze mit dem Risikodeckungspotenzial
- die Überprüfung der Einhaltung der Value-at- Risk-Limite
- die Ermittlung des Kapitals, das bei Eintritt von Stress-Szenarien zur Abdeckung damit verbun- dener Verluste benötigt wird

Bei einer negativen Veränderung des Risiko- deckungspotenzials und bei Überschreitungen der Teilverlustobergrenzen entscheidet die Geschäfts- leitung über das weitere Vorgehen.

INTERNER KAPITALALLOKATIONSPROZESS (ICAAP)



RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken. Die L-Bank hat die folgenden Risikoarten als wesentlich identifiziert:

- Ausfallrisiko
- Marktpreisrisiko
- Liquiditätsrisiko
- operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko

Die wichtigsten quantitativen Kenngrößen zur Beurteilung der Risikosituation sieht die L-Bank in den erwarteten Verlusten aus Ausfallrisiken, den Value-at-Risk-Werten und den Stresstestergebnissen.

Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden quantitativ mittels Value-at-Risk (VaR) gemessen. Der VaR misst den potenziellen Verlust, der innerhalb eines zuvor festgelegten zukünftigen Zeitraums unter normalen Bedingungen mit einer ebenfalls festgelegten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Stresstests

Die Stresstests erfolgen auf Basis von Szenario- und Sensitivitätsanalysen und werden vierteljährlich unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation vom Risikocontrolling in Abstimmung mit den jeweiligen Risikomanagern aktualisiert. Die Ergebnisse der Stresstests sind in ihrer Aussagekraft naturgemäß durch die Anzahl der Stresstests und die Tatsache, dass nicht alle Marktbedingungen simuliert werden können, begrenzt. Die Tests werden nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbedingungen definiert. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass Marktbedingungen eintreten, die zu Verlusten führen, die die Risikodeckungsmasse übersteigen.

AUSFALLRISIKO

Das Ausfallrisiko besteht in einem möglichen Verlust aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG, wenn der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Nichterfüllung eines Vertrages kann individuelle, in der Bonität des Kreditnehmers liegende oder politische Ursachen haben, die aus direkten staatlichen Verböten zur Leistungserfüllung resultieren.

In Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Auftretens des Ausfallrisikos differenziert die Bank dieses weiter in Settlementrisiko (Erfüllungsrisiko), Abwicklungsrisiko und Kreditrisiko.

Bewertungsverfahren

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden quantitativ mittels VaR geschätzt.

Die Ausfallrisiken in der Wohnungsbauförderung werden mit einem statistischen Verfahren bei einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,0 % geschätzt. Dabei werden Erlöse aus der Verwertung von gestellten Sicherheiten, nicht jedoch Korrelationen zwischen den einzelnen Kreditnehmern berücksichtigt, da es sich bei der Wohnungsbauförderung um eine Vielzahl homogener Kreditnehmer handelt.

Bei den übrigen Krediten erfolgt die Schätzung mit Hilfe der Monte-Carlo-Simulation auf Basis der internen Ratings und Wahrscheinlichkeiten für Ratingveränderungen, die von Ratingagenturen zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden Korrelationen, die sich aus den unterschiedlichen Sitzländern der Kreditnehmer ergeben, nicht jedoch die gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Den sonstigen Länderrisiken kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu, da nahezu der Gesamtbestand in Europa und den USA investiert wurde.

Entwicklung und Steuerung im Berichtsjahr

Die Ausfallrisiken haben bei der L-Bank den größten Anteil an den Risiken. 82,0 % der zum 31.12.2010 bestehenden VaR-Werte entfielen auf diese Risikoart.

Jeder Kredit wird klassifiziert, wobei die Bank bei den verwendeten Risikoklassifizierungsverfahren die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur berücksichtigt und bei homogenen Kundengruppen auch Pauschalratings vergibt.

Das individuelle Kreditrisiko wird durch die Vergabe von Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerlimiten begrenzt. Diese Limite (Global- und Einzelgeschäft) werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und durch den Bereich Controlling täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst. Das Ländertransferrisiko wird durch die Vergabe von Maximallimiten für Länder außerhalb der Euro-Zone begrenzt. Auch diese Limite werden vom Vorstand auf der Grundlage einer Analyse der Risikosituation des jeweiligen Landes beschlossen und durch den Bereich Controlling täglich auf ihre Einhaltung überwacht. Bei einer Überschreitung werden taggleich Gegenmaßnahmen ergriffen.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für die Branchen, Regionen und Risikoklassen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Zusätzlich wird die Risikostruktur des Portfolios „Wertpapiere“ limitiert. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich vom Bereich Controlling überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Die Verlustrisiken aus den Kreditgeschäften werden über VaR-Limite begrenzt. Diese legt der Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit sowie der Geschäfts- und Risikostrategie für die einzelnen Geschäftsfelder fest. Der Bereich Controlling überwacht vierteljährlich die Einhaltung der VaR-Limite und leitet bei Überschreitungen Gegenmaßnahmen ein.

VERTEILUNG DER VAR-LIMITE FÜR ADRESSRISIKEN AUF DIE EINZELNEN GESCHÄFTSFELDER DER BANK

Adressrisiken gesamt	625,0 Mio. EUR
Privatkunden	15,0 Mio. EUR
Unternehmenskunden	350,0 Mio. EUR
Banken	250,0 Mio. EUR
Öffentliche Hand	10,0 Mio. EUR

In den nachfolgend aufgeführten Kreditrisikoprofilen sind alle Transaktionen erfasst, bei denen Verluste entstehen können, falls ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Bei der Ermittlung der Beträge wurden gestellte Sicherheiten oder Gewährleistungen berücksichtigt. In den aufgeführten Beträgen sind nicht enthalten: Barreserve, Forderungen aus Zinsabgrenzungen sowie Wertberichtigungen.

QUALITATIVE VERTEILUNG DES RISIKORELEVANTEN KREDITBESTANDS ZUM 31.12.2010 in Mio. EUR

	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Banken	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Sehr gute Bonität	3.550,2	5.695,9	16.945,4	13.587,4	39.778,8	58,4
Gute Bonität	4.083,8	4.013,1	16.462,5	685,6	25.244,9	37,1
Befriedigende Bonität	0,1	946,1	681,9	0,0	1.628,1	2,4
Mangelhafte Bonität	79,5	1.082,4	64,3	0,0	1.226,3	1,8
Sonstige, in Abwicklung	36,4	149,6	1,9	0,0	187,9	0,3
Summe	7.749,9	11.887,1	34.156,0	14.273,0	68.066,0	100,0

REGIONALE VERTEILUNG DES RISIKORELEVANTEN KREDITBESTANDS ZUM 31.12.2010 in Mio. EUR

	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Banken	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland	7.749,5	11.423,5	24.904,0	10.323,9	54.401,0	79,9
Europa	0,4	440,2	7.788,9	3.938,8	12.168,3	17,9
USA	0,0	1,3	486,6	0,0	487,9	0,7
Restliches Ausland	0,0	22,1	976,5	10,2	1.008,8	1,5
Summe	7.749,9	11.887,1	34.156,0	14.273,0	68.066,0	100,0

Der Bestand in Höhe von 1,1 Mrd. EUR bei Unternehmen und Selbstständigen mit mangelhafter Bonität geht mit 729,8 Mio. EUR auf die „Mietwohnungsbauförderung Sachsen“ zurück.

Unter Problemkrediten versteht die L-Bank Kredite, die zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erfordern, die über die Normalverwaltung und auch die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbearbeitung hinausgehen. Zum 31.12.2010 wurde ein Bestand von 1.591,0 Mio. EUR an Problemkrediten ausgewiesen. Dieser verteilt sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank:

PROBLEMKREDITBESTAND	
Privatkunden	339,2 Mio. EUR
Eigentumsförderung Baden-Württemberg	238,2 Mio. EUR
Eigentumsförderung Sachsen	101,0 Mio. EUR
Unternehmen und Selbstständige	1.176,9 Mio. EUR
Mietwohnungsbauförderung Baden-Württemberg	140,3 Mio. EUR
Mietwohnungsbauförderung Sachsen	877,6 Mio. EUR
Wirtschaftsförderung	159,0 Mio. EUR
Banken	74,9 Mio. EUR
Summe gesamt	1.591,0 Mio. EUR

Die L-Bank hat Richtlinien zur Bildung von Risikovorsorge erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einzelwertberichtigungen nach Geschäftsfeldern in Mio. EUR:

ENTWICKLUNG DER WERTBERICHTIGUNGEN* NACH GESCHÄFTSFELDERN in Mio. EUR					
	Privatkunden	Unternehmenskunden	Banken	Öffentliche Hand	Summe gesamt
31.12.2008	89,5	761,7	1,6	0,0	852,8
31.12.2009	87,4	752,4	1,6	0,0	841,4
31.12.2010	82,0	751,6	1,6	0,0	835,2

* Es handelt sich um Wertberichtigungen, denen konkrete Risiken gegenüberstehen.

Finanzinstrumente zur Risikosteuerung

Die Bank hielt im Anlagevermögen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen in Höhe von 22.234,2 Mio. EUR. Diese Wertpapiere wurden zur Diversifizierung der mit dem Fördergeschäft verbundenen Klumpenrisiken gekauft. Sie werden bis zur Endfälligkeit gehalten.

RISIKOSTRUKTUR DES WERTPAPIERBESTANDS	
Risikoklasse	Bestand in Mio. EUR
AAA	12.636,3
AA	7.078,1
A	1.986,9
BBB	336,1
BB	142,2
B	0,0
CCC	54,3

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen. Der Begriff „Markt“ bezieht sich auf den Geld- und Kapitalmarkt, so dass das Marktpreisrisiko entsprechend den möglichen Einflussfaktoren untergliedert wird in:

- Zinsänderungsrisiken
- Währungsrisiken

- Risiken aus Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen (= Beteiligungen)
- Optionsrisiken

Bewertungsverfahren

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden quantitativ mittels VaR geschätzt. Bei den Marktpreisrisiken wird der VaR mit der Methode der historischen Simulation bei einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99,0 % ermittelt.

Entwicklung und Steuerung im Berichtsjahr

Marktpreisrisiken bestehen für die L-Bank hauptsächlich als Zinsänderungsrisiken im Bankbuch. Zudem sind die Tochtergesellschaften, die sich mehrheitlich im Eigentum der L-Bank befinden, Preisrisiken in Form von Immobilienrisiken ausgesetzt.

Zur Steuerung der eingegangenen Risiken gibt der Vorstand VaR-Limite vor. Die tägliche Berechnung des VaR der Zinsänderungs- und Währungsrisiken erfolgt im Bereich Controlling mit der Methode der historischen Simulation. Die Überprüfung der Zuverlässigkeit der Berechnungsmethode erfolgt mittels Backtesting. VaR-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter normalen Marktbedingungen. Zusätzlich werden Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert, um mögliche Verluste auch bei extremen Marktveränderungen schätzen zu können. Im Rahmen der Stresstests überprüft die L-Bank auch

die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte nach oben bzw. um 190 Basispunkte nach unten. Der Anteil des bei diesem Szenario entstehenden Verlustes am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG wird ermittelt.

Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Um die Immobilienrisiken zu quantifizieren, ermittelt die L-Bank unter Worst-Case-Gesichtspunkten den bei Verkauf möglichen Minderertrag des investierten Kapitals. Dieser wird unter Beachtung der historischen und der erwarteten Entwicklung der Immobilienpreise geschätzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling. Die täglich ermittelten VaR-Werte werden mit den vorgegebenen Limiten verglichen. Das Controlling überwacht auch die Einhaltung der Planrisikostruktur und der eingeräumten Limite. Ein täglicher Risikobericht informiert jeweils die für das Risikoccontrolling und die Handelsbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder.

Die folgende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer unterstellten Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +130/–190 Basispunkte.

Finanzinstrumente zur Steuerung

ZINSÄNDERUNGSRISIKEN GESAMT (KORRELIERT)				
	Jahresende 31.12.2010	Maximum 28.07.2010	Minimum 25.02.2010	Durchschnitt
+130/–190-Basispunkte-Shift*	237,4 Mio. EUR	264,4 Mio. EUR	194,8 Mio. EUR	229,6 Mio. EUR
Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG	7,5 %	8,3 %	6,2 %	7,3 %

* Es wird der ungünstigere Wert ausgewiesen.

Derivate (hauptsächlich in Form von Zinsswaps bzw. Zinswährungsswaps) werden zur Steuerung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos des Bankbuchs eingesetzt. Der Bestand an Zinsswaps (inkl. Swaptions) betrug zum 31.12.2010 nominal 74.216,3 Mio. EUR (Vorjahr: 79.160,5 Mio. EUR). Zinswährungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 16.569,0 Mio. EUR (Vorjahr: 11.575,8 Mio. EUR).

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass Geschäfte nicht oder nicht zum erwarteten Preis abgeschlossen werden können (Marktliquiditätsrisiko). Des Weiteren besteht ein Risiko darin, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Anschlussrefinanzierungsrisiko).

Bewertungsverfahren

Die Ermittlung des VaR für Liquiditätsrisiken (Anschlussrefinanzierungsrisiko) erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den VaR.

Entwicklung und Steuerung im Berichtsjahr

Die Liquiditätssteuerung ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorschau, in der sämtliche erwarteten und geplanten Zahlungsströme innerhalb der nächsten zwölf Kalendermonate berücksichtigt werden. Darlehensauszahlungen, deren Höhe oder zeitliche

Terminierung noch nicht exakt feststeht, werden auf Grundlage eines statistisch ermittelten Abrufverhaltens in den verschiedenen Geschäftssparten berücksichtigt.

Die gegenüber dem Vorjahr deutlich entspanntere Kapitalmarktsituation ermöglichte der L-Bank ein selektives Vorgehen bei den angebotenen Refinanzierungsalternativen. Über den aktuellen Refinanzierungsbedarf hinaus konnten zusätzlich Refinanzierungen mit festen und optionalen Vorausvalutierungen (2012 bis 2015) abgeschlossen werden. Für Refinanzierungsgeschäfte mit der Europäischen Zentralbank (EZB) stehen im Anlagebestand nominal 15,1 Mrd. EUR geeignete Wertpapiere zur Verfügung. Die Möglichkeit, auch Schulscheindarlehen im Anlagebestand für EZB-Refinanzierungen zu nutzen, wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Bewertung und Überwachung sowie das Reporting des Liquiditätsrisikos erfolgen durch den Bereich Controlling. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung vom Bereich Controlling überwacht. Die Liquiditätskennzahl wird monatlich im Rahmen der Meldung gemäß der Liquiditätsverordnung ermittelt. Hierbei werden die in den folgenden 30 Tagen erwarteten Einzahlungen den im gleichen Zeitraum erwarteten Auszahlungen gegenübergestellt. Die Einzahlungen müssen im Betrachtungszeitraum größer als die Auszahlungen sein. Zum Jahresende belief sich die Liquiditätskennzahl auf 2,3; im Jahresdurchschnitt betrug sie 2,9.

Der VaR für das Marktliquiditätsrisiko beschreibt den möglichen Verlust, der entsteht, wenn die Bank bestimmte Positionen aufgrund geringerer oder fehlender Umsätze auf dem Kapitalmarkt nicht innerhalb eines Tages, sondern erst innerhalb von zehn Tagen kaufen bzw. verkaufen kann.

Das Anschlussrefinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Zur Vermeidung von Doppelberechnungen berücksichtigt

die L-Bank bei der Berechnung des VaR des Liquiditätsrisikos ausschließlich das Anschlussrefinanzierungsrisiko.

Zur Vorsorge gegen finanzielle Risiken aus dem Anschlussrefinanzierungsrisiko hat die Bank eine Sollstruktur der Auszahlungsüberschüsse festgelegt. Daneben hält die L-Bank einen Mindestbestand an EZB-fähigen Wertpapieren und an Wertpapieren der Liquiditätsreserve.

Finanzinstrumente zur Steuerung

Die Garantie des Landes Baden-Württemberg gewährleistet der L-Bank stets einen sicheren Zugang zu Liquidität. Durch das stetig ansteigende Investoreninteresse für Commercial Papers konnte das L-Bank-Programm von 5,0 Mrd. EUR auf 10,0 Mrd. EUR aufgestockt werden. Der strategische Schwerpunkt in der Kapitalmarktfrefinanzierung lag auch im Berichtsjahr wieder im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Es wurden drei Benchmark-Anleihen begeben, eine über 1,0 Mrd. EUR und zwei in US-Dollar mit einem Gesamtvolumen von 2,5 Mrd. USD (umgerechnet 1,9 Mrd. EUR). Weiterhin wurden über Privatplatzierungen günstige Refinanzierungsgelegenheiten in verschiedenen Währungen genutzt, insbesondere in US-Dollar, japanischen Yen, australischen Dollar, norwegischen Kronen, türkischen Lira und südafrikanischen Rand. Die L-Bank setzte ihre kontinuierliche Investorenarbeit im In- und Ausland fort.

OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der VaR mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadensereignissen verwendet wird. Grundlage sind hier Expertenschätzungen zu jedem risikobehafteten Prozess der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem VaR der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur in geringem Umfang Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und somit eine Ermittlung des VaR auf Basis historischer Daten nicht möglich ist.

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen durch den Bereich Controlling erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen, die aus dem Eintritt operationeller Risiken resultieren, hat die L-Bank Versicherungen abgeschlossen.

GESCHÄFTSRISIKO

Das Geschäftsrisiko besteht in der Gefahr, dass bei rückläufigen Förderprogramm volumina die Erträge sinken und die Aufwendungen nicht im gleichen Maß reduziert werden können. Die L-Bank kann Erträge nur durch Geschäfte generieren, die in Einklang mit ihrem öffentlichen Auftrag stehen. Insoweit ist das Geschäftsrisiko ein Risiko, dem sich die L-Bank nicht entziehen kann.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Die Steuerung der Personalaufwendungen erfolgt – soweit sinnvoll möglich – über Produktivitätsanalysen. Hauptziel der Produktivitätsanalyse ist die Ermittlung des optimalen Personalbestands, der für die Erledigung der übertragenen Aufgaben notwendig ist. Dadurch werden sogenannte Leerkapazitäten aufgedeckt, wodurch im Weiteren die Kosten gesenkt werden können.

Das Geschäftsrisiko wird in die Risikodeckungsmasse eingerechnet, indem bei den Personal- und

Sachkosten die Kostenremanenz berücksichtigt wird, der die Bank bei rückläufigen Förderprogrammen ausgesetzt ist. Die Höhe dieser Personal- und Sachaufwendungen wird auf Basis einer qualifizierten Expertenschätzung festgelegt.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Die Bedeutung der einzelnen Risiken für die L-Bank lässt sich durch eine Gegenüberstellung der VaR-Werte veranschaulichen.

TEILVERLUSTOBERGRENZEN UND IHRE AUSLASTUNG ZUM 31.12.2010 in Mio. EUR

	Limit	Auslastung	Anteil am Gesamt-VaR
Ausfallrisiken	625,0	472,3	82,0 %
Marktpreisrisiken	90,0	68,1	11,8 %
Operationelle Risiken	20,0	6,5	1,1 %
Immobilienrisiken	20,0	16,4	2,8 %
Liquiditätsrisiken	65,0	13,0	2,3 %
Freier Spielraum	47,0	0,0	0,0 %
Gesamtverlustobergrenze	867,0	576,3	100,0 %

WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem umfasst insbesondere aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen mit dem Ziel, die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung

zu gewährleisten. Der Rechnungslegungsprozess selbst reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und

Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Die Verantwortung für die Umsetzung trägt der Bereich Rechnungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen L-Bank-spezifisch dargestellt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Rechnungswesen. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardisierten Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche Rechnungswesen und Zahlungsverkehr sind klar getrennt. Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung ist in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr angesiedelt. Die Daten werden über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, Buchungssystematik, Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.

Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

→ den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,

→ die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie

→ die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- bzw. Risikomanagementsystems wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

WERTPAPIERCOMPLIANCE, GELDWÄSCHEPRÄVENTION UND DATENSCHUTZ

Die Einhaltung der bestehenden gesetzlichen Rechtsvorschriften zur Wertpapiercompliance, Geldwäscheprävention und zum Datenschutz wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet. Die Aufgabenfelder Wertpapiercompliance und Datenschutz einerseits und Geldwäscheprävention andererseits sind funktional getrennt. Im Berichtsjahr wurde der Tätigkeitsbereich des Geldwäschebeauftragten um das Aufgabengebiet Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen, vormals Betrugsprävention, erweitert. Die internen Richtlinien wurden entsprechend angepasst. Im Berichtsjahr ereigneten sich keine außergewöhnlichen Vorkommnisse.

PERSONALBERICHT

Zum Bilanzstichtag arbeiteten 1.222 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der L-Bank, der Großteil davon am Hauptsitz der Bank in Karlsruhe. Der Anteil weiblicher Mitarbeiter an der Gesamtbeschäftigtenanzahl lag bei 57,4 %, auf der Führungsebene bei 30,4 %.

Die L-Bank hat bereits Anfang der 1990er Jahre eine Dienstvereinbarung zur Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern abgeschlossen, die immer wieder den aktuellen Gegebenheiten angepasst wird. Sie enthält neben allgemeinen Aussagen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch spezifische Regelungen für eine Kinderbetreuungszeit sowie zu einem Sonderurlaub bei sonstigen familienbedingten Pflichten. In Kooperation mit der pme-FamilienService GmbH bietet die Bank darüber hinaus ein umfassendes Beratungsangebot zur Kinderbetreuung. Zur Ergänzung dieses Angebots hat sich die L-Bank mit sechs Karlsruher Unternehmen und Einrichtungen zusammenschlossen, um gemeinsam mit einem Betreiber eine Kindertagesstätte zu realisieren.

Das Konzept zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beinhaltet darüber hinaus die Möglichkeit der Teilzeitarbeit, wobei die Bank hier weitestmöglich auf die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten eingeht. Auch Führungskräfte machen von diesem Angebot Gebrauch: Per 31.12.2010 arbeiteten 16,0 % von ihnen in Teilzeit. Daneben bestand weiterhin eine große Nachfrage nach Teleheimarbeit, die auch Mitarbeitern in Führungspositionen die Möglichkeit bietet, im Falle der Erkrankung der Kinder von zuhause aus zu arbeiten.

Der demographische Wandel wird ein wichtiges Thema der betrieblichen Personalarbeit der nächsten Jahre sein. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der L-Bank betrug zum Bilanzstichtag 44,7 Jahre; die Fluktuationsquote lag bei 4,8 %. Der geringe Anteil der Arbeitnehmerkündigungen in Höhe von 0,6 % lässt auf eine Identifikation mit und eine

Zufriedenheit in der L-Bank schließen. Gleichzeitig muss sich die Bank jedoch auf die aus diesen Gegebenheiten resultierende Altersstruktur ihrer Beschäftigten einstellen. Ziel wird daher unter anderem die Ausrichtung der Weiterbildung auf entsprechende Angebote sein, die ein Lernen in allen beruflichen Phasen erleichtern und fördern. Auch die Personalbedarfsplanung muss sich an diesen Erkenntnissen orientieren. Der Personalbereich trägt dieser Anforderung unter anderem dadurch Rechnung, dass er Nachwuchskräfte kontinuierlich über ein Traineeprogramm für Hochschulabsolventen und über das berufsbegleitende Studium für Abiturienten an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg akquiriert.

Am 13.10.2010 ist die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten in Kraft getreten. Die Verordnung beinhaltet Regelungen zu den Vergütungssystemen sämtlicher Geschäftsleiter und Mitarbeiter von Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten. Sie unterscheidet bei den Anforderungen an die Vergütungssysteme zwischen den allgemeinen Anforderungen, die für alle Institute gelten, und solchen für bedeutende Institute. Ein Institut ist nach der Verordnung regelmäßig dann als bedeutendes Institut anzusehen, wenn seine Bilanzsumme im Durchschnitt zu den jeweiligen Stichtagen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre 40,0 Mrd. EUR erreicht oder überschritten hat. Diese Regelvermutung soll den Instituten als Orientierungshilfe dienen. Im Rahmen einer gleichwohl durchzuführenden Risikoanalyse kann die Regelvermutung widerlegt werden. Voraussetzung ist, dass die Einstufung als bedeutendes Institut unter Berücksichtigung der maßgeblichen Kriterien als nicht risikoadäquat erscheint. Die L-Bank kommt in ihrer Risikoanalyse zu dem Ergebnis, dass sie kein bedeutendes Institut im Sinne des § 1 Abs. 2 der Verordnung ist. Als Begründung führt sie insbesondere ihre besondere Aufgabenstellung als Förderinstitut sowie ihr Risikoprofil an. Außerdem sind ihre Vergütungssysteme aufgrund deren Konzeption nicht geeignet, negative Anreize zum

Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen zu begründen. Die Vorschriften der §§ 5, 6 und 8 der Verordnung sind damit nicht anzuwenden. Die für alle Institute geltenden allgemeinen Anforderungen an Vergütungssysteme erfüllt die L-Bank.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2010 haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

PERSONAL ZUM BILANZSTICHTAG IN ZAHLEN

	2010	2009
Belegschaft		
Gesamtzahl der Beschäftigten	1.222	1.230
Anteil der Teilzeitkräfte an der Gesamtbelegschaft	25,2 %	24,8 %
Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtbelegschaft	57,4 %	57,2 %
Durchschnittsalter	44,7 Jahre	44,3 Jahre
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit	15,5 Jahre	15,0 Jahre
Fluktuationsquote	4,8 %	2,3 %
Krankheitsquote	4,9 %	4,7 %
Aus- und Weiterbildung		
DH-Studenten	28	24
Trainees	4	2
Auszubildende	3	5
Praktikanten	5	5
Schulungen	414	356
Teilnehmer an Schulungen	1.353	1.059

Im Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahrs beschäftigte die L-Bank 35 DH-Studenten (Vorjahr: 31 DH-Studenten) und 28 Praktikanten (Vorjahr: 29 Praktikanten).

PROGNOSEBERICHT

Nachdem der Aufschwung im Geschäftsjahr 2010 auf den Export zurückzuführen war, gehen Experten für die Jahre 2011 und 2012 davon aus, dass die positive Wirtschaftslage zukünftig maßgeblich durch die Binnennachfrage gestützt wird. Die Auf-

wärtsbewegung der deutschen Wirtschaft wird in den kommenden zwei Jahren – leicht abgeschwächt – anhalten. Der monatlich ermittelte Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Baden-Württemberg, der L-Bank-ifo-Konjunkturtest, bestätigt diese Einschätzung für das Jahr 2011 und gibt für Baden-Württemberg eine noch optimistischere

Prognose ab. Auf dieser Basis erwartet die L-Bank für die kommenden Jahre ein leicht rückläufiges, aber dennoch weiterhin positives Wachstum der deutschen und insbesondere der baden-württembergischen Wirtschaft.

In den nächsten beiden Geschäftsjahren geht die L-Bank unter den genannten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bezüglich des Betriebsergebnisses nach Risikovorsorge/Bewertungen von einer geringfügigen Steigerung bei nahezu gleichbleibendem Geschäftsvolumen aus. Die Entwicklung des Betriebsergebnisses wird im Jahr 2011 im Wesentlichen durch einen Anstieg des Zinsüberschusses und leicht erhöhte Personalaufwendungen in der Bank beeinflusst werden.

Abgesehen von Anpassungen bei der Ausgestaltung einzelner Programme beabsichtigt die L-Bank keine grundsätzliche strukturelle Veränderung ihrer Geschäftstätigkeit.

Im Geschäftsfeld Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung stehen vor allem nachzuholende Investitionen sowie die derzeit auch in der Öffentlichkeit diskutierte Problematik der Anschlussfinanzierung von kapitalmarktrefinanzierten Mezzanine-Programmen im Fokus. In diesem Zusammenhang wird mit einer gegenüber dem vergangenen Geschäftsjahr steigenden Nachfrage, vor allem bezogen auf Risikoübernahmen bzw. Garantien, Konsortialkredite und Nachrangdarlehen, gerechnet. Zur Unterstützung des Aufschwungs sind Vereinfachungen bei der Antragstellung bzw. dem Antragsverfahren ausgewählter Programme der Wirtschaftsförderung geplant.

In der Wohnungsbauförderung startete das Landeswohnraumförderprogramm am 03.01.2011. Sowohl die Höhe der Mittel als auch die Strukturen des Landeswohnraumförderprogramms 2011 ent-

sprechen denen des Programmjahres 2010, so dass ein vergleichbares Neugeschäftsvolumen prognostiziert wird. Der langfristige Ausblick ist bestimmt durch die Frage, ob sich der Bund nach dem Jahr 2013 weiterhin an der Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung beteiligen wird und inwieweit eventuell wegfallende Bundesmittel durch Landesmittel kompensiert werden.

Im Rahmen der Refinanzierung der Bank wird, bei kontinuierlicher Fortsetzung der Investorenarbeit im In- und Ausland, in den Jahren 2011 und 2012 mit einem ähnlichen Volumen wie im Berichtsjahr gerechnet.

Im Bereich Finanzhilfen liegen Anfragen des Landes zur Übernahme weiterer Aufgaben im Jahr 2011 vor. Außerdem gewinnt die Diskussion über die Gestaltung der ab dem Jahr 2014 geltenden neuen EU-Strukturfonds-Periode an Bedeutung, in der sich die Bank bereits im zurückliegenden Jahr engagierte. Angesichts knapper öffentlicher Mittel wird für die Jahre 2011 und 2012 insgesamt ein leichter Rückgang des Neubewilligungsvolumens erwartet, wobei die Anzahl der Bewilligungen nahezu konstant bleiben wird. Beim Eltern- und Erziehungsgeld wird mit einer konstanten Entwicklung gerechnet, wobei die Auswirkungen des novellierten Gesetzes zum Eltern- und Erziehungsgeld (BEEG) voraussichtlich zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führen werden.

Die kommenden Geschäftsjahre werden wesentlich unter dem Einfluss der neuen Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht stehen, die auch die L-Bank vor große Herausforderungen stellen, da die Anforderungen an das Eigenkapital sukzessive steigen werden. Um die Vorgaben ohne Reduzierung des Geschäftsvolumens zu erreichen, wird die Bank in den nächsten Jahren erwirtschaftete Überschüsse in signifikantem Umfang thesaurieren müssen.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Berichtsjahr laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste insbesondere den Bericht über die Geschäftsstrategie, die Risiko-

strategie, die Geschäftsentwicklung, die vierteljährlichen Berichte zur Risikosituation der Bank, den Bericht über die wesentlichen Prüfungsergebnisse der Internen Revision sowie den Bericht über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der L-Bank.

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2010 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats, des Prüfungsausschusses sowie des Kreditausschusses über den Jahresabschluss 2010 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers und erhob nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

In seiner Sitzung am 06. Mai 2011 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2010 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2010 von 149.982.203,21 EUR eine

Ausschüttung in Höhe von 130.000.000,00 EUR an das Land Baden-Württemberg vorzunehmen, den anderen Gewinnrücklagen 19.000.000,00 EUR zuzuführen und den danach verbleibenden Betrag von 982.203,21 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, 06. Mai 2011

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats
Ernst Pfister MdL
Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg

Jahresbilanz der L-Bank	80
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	84
Kapitalflussrechnung der L-Bank	86
Eigenkapitalpiegel der L-Bank	87
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	88
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	108
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	108
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	109

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2010

AKTIVSEITE	31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand		43.351,28		21.742,92
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 350.900.350,23 (EUR 539.858.093,43)		350.856.998,95		539.858.093,43
c) Guthaben bei Postgiroämtern		--		--
			350.900.350,23	539.879.836,35
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig		106.699.818,69		7.171.298,92
b) andere Forderungen		19.078.132.411,97		19.497.900.431,47
			19.184.832.230,66	19.505.071.730,39
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN			21.709.361.396,75	21.585.703.394,87
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert EUR 8.446.176.775,96 (EUR 9.024.692.573,30) Kommunalkredite EUR 6.414.301.965,81 (EUR 5.504.887.691,63)				
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 150.369.535,64 (--)	150.369.535,64			--
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR -- (--)	--			--
		150.369.535,64		--
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 3.483.179.669,51 (EUR 4.475.605.375,85)	3.502.602.575,74			5.302.821.860,87
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 11.903.157.915,43 (EUR 9.358.699.031,87)	14.244.300.978,79			11.369.135.177,01
		17.746.903.554,53		16.671.957.037,88
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag: EUR 198.044.000,00 (EUR 299.140.000,00)		200.956.776,44		304.761.337,14
			18.098.229.866,61	16.976.718.375,02
Übertrag			59.343.323.844,25	58.607.373.336,63

AKTIVSEITE	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Übertrag	59.343.323.844,25	58.607.373.336,63
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	-, -	-, -
6. BETEILIGUNGEN darunter: an Kreditinstituten EUR 301.986.360,47 (EUR 301.986.360,47) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (-, -)	475.561.835,28	474.224.690,84
7. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN darunter: an Kreditinstituten EUR -, - (-, -) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (-, -)	23.009.202,02	23.009.202,02
8. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 107.506.707,29 (EUR 124.327.213,72)	108.352.384,92	125.179.093,45
9. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.061.142,11	2.141.419,30
10. SACHANLAGEN	136.253.181,59	139.481.574,22
11. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	696.139.109,55	148.803.748,97
12. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	210.634.617,75	190.985.797,53
SUMME DER AKTIVA	61.001.335.317,47	59.711.198.862,96

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2010

PASSIVSEITE	31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
a) täglich fällig		120.830.299,74		108.973.431,39
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		18.408.352.701,18		19.064.911.283,29
			18.529.183.000,92	19.173.884.714,68
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	–,-			–,-
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	–,-			–,-
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	92.501.764,08			127.008.884,83
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.592.808.938,45			6.743.286.480,04
		7.685.310.702,53	7.685.310.702,53	6.870.295.364,87
3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN				
a) begebene Schuldverschreibungen		30.322.437.170,53		28.474.133.001,37
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere EUR –,- (–,-) eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf EUR –,- (–,-)			–,-	–,-
			30.322.437.170,53	28.474.133.001,37
4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN darunter: Treuhandkredite EUR 107.506.707,29 (EUR 124.327.213,72)			108.352.384,92	125.179.093,45
5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN			131.275.118,18	309.291.015,78
6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			413.448.460,84	536.920.855,09
7. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		146.773.090,82		148.293.275,00
b) Steuerrückstellungen			–,-	7.800,00
c) andere Rückstellungen		210.124.658,18		672.682.260,60
			356.897.749,00	820.983.335,60
8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN			752.671.937,65	797.576.285,15
Übertrag			58.229.576.524,57	57.108.263.665,99

PASSIVSEITE	31.12.2010 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Übertrag		58.229.576.524,57	57.108.263.665,99
9. GENUSSRECHTSKAPITAL darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig EUR -, - (-,-)		539.925.800,00	539.925.800,00
10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN		304.000.000,00	304.000.000,00
11. EIGENKAPITAL			
a) gezeichnetes Kapital	250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage	950.850.789,69		950.850.789,69
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	-,-		-,-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-		-,-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-,-		-,-
cd) andere Gewinnrücklagen	507.000.000,00		507.000.000,00
d) Bilanzgewinn	149.982.203,21		51.158.607,28
		1.857.832.992,90	1.759.009.396,97
SUMME DER PASSIVA		61.001.335.317,47	59.711.198.862,96
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln	-,-		-,-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	7.846.931.334,83		9.125.500.232,28
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-,-		-,-
		7.846.931.334,83	9.125.500.232,28
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-,-		-,-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-,-		-,-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.830.995.935,27		1.718.617.997,50
		7.830.995.935,27	1.718.617.997,50

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2010 BIS 31.12.2010

	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2009 EUR
1. ZINSERTRÄGE AUS				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.623.665.078,05			1.739.805.457,70
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	542.703.103,98			569.183.297,00
		2.166.368.182,03		2.308.988.754,70
2. ZINSAUFWENDUNGEN		1.847.606.841,05		1.921.884.615,28
darunter: aus Zinssubventionen für Darlehen EUR 97.791.936,00 (EUR -,,-)				
			318.761.340,98	387.104.139,42
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		-,-		-,-
b) Beteiligungen		5.500.972,15		7.095.153,11
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-		-,-
			5.500.972,15	7.095.153,11
4. PROVISIONSERTRÄGE			45.539.703,84	42.233.516,86
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN			5.012.993,70	10.398.431,12
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE			18.950.632,70	15.872.087,08
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	66.179.407,57			65.178.553,80
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 2.197.167,91 (EUR 1.990.499,92)	12.488.802,97			13.904.346,61
		78.668.210,54		79.082.900,41
b) andere Verwaltungsaufwendungen		34.080.676,41		39.007.330,96
			112.748.886,95	118.090.231,37
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN			10.643.255,16	9.134.947,27
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN			24.990.851,84	29.002.390,79
Übertrag			235.356.662,02	285.678.895,92

	2010 EUR	2009 EUR
Übertrag	235.356.662,02	285.678.895,92
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT „Fonds für allg. Bankrisiken“ EUR –,- (EUR 57.000.000,00)	41.462.378,36	118.466.110,34
11. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE	44.064.008,47	5.835.026,98
12. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	149.830.275,19	161.377.758,60
13. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	821.470,61	906.156,01
14. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	185.208,65	145.459,49
15. ZUFÜHRUNG ZU RÜCKSTELLUNGEN FÜR ZINSVERBILLIGUNG	–,-	110.017.069,19
16. JAHRESÜBERSCHUSS	148.823.595,93	50.309.073,91
17. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	1.158.607,28	849.533,37
	149.982.203,21	51.158.607,28
18. EINSTELLUNGEN IN GEWINNRÜCKLAGEN a) in andere Gewinnrücklagen	–,-	–,-
19. BILANZGEWINN	149.982.203,21	51.158.607,28

KAPITALFLUSSRECHNUNG DER L-BANK ZUM 31.12.2010

	01.01.–31.12.2010 TEUR	01.01.–31.12.2009 TEUR
Periodenergebnis	148.824	50.309
IM JAHRESÜBERSCHUSS ENTHALTENE ZAHLUNGSUNWIRKSAME POSTEN		
1. Abschr., Wertberichtigungen und Zuschr. auf Forderungen incl. Eventualverb. incl. Liq. WP	31.391	118.862
2. Abschr., Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach-AV	10.643	9.134
3. Abschr., Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Finanz-AV	12.557	183.673
4. Veränderung der Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	6.991	21.778
5. andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	0	3.091
6. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen	-52	-33
7. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanzanlagen	47	-1.813
8. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-451.436	-99.797
Zwischensumme	-241.035	285.204
VERÄNDERUNG DES VERMÖGENS UND DER VERBINDLICHKEITEN AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		
9. Forderungen an Kreditinstitute	313.277	1.211.157
10. Forderungen an Kunden	-136.426	262.822
11. Wertpapiere (ohne Finanzanlagen)	-1.123.865	-56.889
12. Andere Aktiva	-550.157	72.924
13. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-644.702	-6.316.144
14. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	815.015	482.059
15. Verbriefte Verbindlichkeiten	1.848.304	4.647.705
16. Andere Passiva	-843.602	-437.686
17. Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.333.292	2.853.604
18. Gezahlte Zinsen	-1.881.035	-2.752.901
19. a.o. Ein-/Auszahlungen	0	0
20. Ertragssteuerzahlungen	-821	-906
Cash Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-111.755	250.949
21. Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	5.090	5.985
22. Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagevermögen	53	484
23. Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagen	-19.031	-68.673
24. Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-13.337	-15.302
25. Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	0	0
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-27.225	-77.506
26. Einzahlungen aus (Eigen)Kapitalzuführungen	0	0
27. Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitengesellschafter	-50.000	-25.000
28. Mittelveränderung aus sonstigem Kapital	0	0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-50.000	-25.000
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-188.980	148.443
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	539.880	391.436
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	350.900	539.879
	-188.980	148.443

EIGENKAPITALSPIEGEL DER L-BANK ZUM 31.12.2010

	gezeichnetes Kapital TEUR	Kapitalrücklage TEUR	erwirtschaftetes Eigenkapital		Eigenkapital TEUR
			Gewinnrücklage TEUR	Bilanzgewinn TEUR	
Stand zum 31.12.2008	250.000	950.851	507.000	25.849	1.733.700
Ausschüttung				-25.000	-25.000
Kapitalerhöhung					0
Zuführung zur Kapitalrücklage					0
Entnahme aus der Kapitalrücklage					0
Zuführung zu den Gewinnrücklagen					0
Entnahme aus den Gewinnrücklagen					0
Jahresüberschuss 2009				50.309	50.309
Stand zum 31.12.2009	250.000	950.851	507.000	51.158	1.759.009
Ausschüttung				-50.000	-50.000
Kapitalerhöhung					0
Zuführung zur Kapitalrücklage					0
Entnahme aus der Kapitalrücklage					0
Zuführung zu den Gewinnrücklagen					0
Entnahme aus den Gewinnrücklagen					0
Jahresüberschuss 2010				148.824	148.824
Stand zum 31.12.2010	250.000	950.851	507.000	149.982	1.857.833

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 01.12.1998 errichtet. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Die Bilanz für die L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Bank hat bei der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet (Artikel 67 Abs. 8 EGHGB).

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde letztmalig um den Aufwandsposten „Zuführung zu Rückstellungen für Zinsverbilligung“ erweitert. Im Vorjahr wurde unter diesem Posten noch ein Betrag ausgewiesen (§ 265 Abs. 8 HGB). Der Posten Zinsaufwendungen wurde um einen Davon-Vermerk ergänzt (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde deshalb verzichtet (§ 296 Abs. 2 HGB).

GRUNDSÄTZE DER WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 340h HGB sowie der Stellungnahme BFA 3/1995. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 30.12.2010 umgerechnet.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte werden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 eff. HGB).

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Ab 01.01.2010 behandelt die Bank Kredite, die sie im Rahmen von Förderprogrammen im Zins selbst verbilligt, ebenfalls als unterverzinsliche Kredit-

geschäfte. Diese Programmkredite werden deshalb mit ihrem kontoindividuellen Effektivzins abgezinst. Die bisher für diese Geschäfte nominal gebildete Aufwandsrückstellung und die Zinszuschüsse Dritter wurden mit dem Abzinsergebnis verrechnet. Der Unterschiedsbetrag wird fortgeführt und zweckentsprechend planmäßig verbraucht. Erstmals werden die Ergebnisse aus den von der Bank getragenen Zinssubventionen im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessen Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko, Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 f HGB sind aktivisch abgesetzt bzw. werden mit Rückstellungen abgebildet. Für Kreditderivate, die unter den Bürgschaftsverpflichtungen ausgewiesen werden, wurde in Form von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Bilanzstichtag angesetzt. Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag laufzeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt werden. Abschreibungen bei Wertpapieren des Finanzanlagebestandes erfolgen nur bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung. Für allgemeine Risiken wurde im Rahmen von Portfoliowertberichtigungen vorgesorgt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten

oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bilanziert.

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über 5 Jahre abgeschrieben.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als Bewertungsmethode wird generell die projizierte Einmalbeitragsmethode (PUC) angewendet. Der verwendete Rechnungszinsfuß beträgt derzeit 5,16 %. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit durchschnittlich 2 % p.a. in die Berechnung einbezogen.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erforderlichen Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGS- ZUSAMMENHÄNGEN

Die Bank schließt derivative Geschäfte in erster Linie zur Steuerung der Gesamtzinsrisikoposition ab, sie bleiben bilanziell unbewertet. Daneben werden Derivate zur Sicherung einzelner Grundgeschäfte abgeschlossen (Mikro-Hedges). Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden bei Bedarf als Bewertungseinheit i. S. des § 254 HGB erfasst. Die bilanzielle Abbildung der Bewertungseinheiten erfolgt nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“, bei der die sich ausgleichenden gegenläufigen Wertänderungen (Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufgrund des abgesicherten Risikos) in Bilanz und GuV unberücksichtigt bleiben.

Die zu Bewertungseinheiten zusammengefassten Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente stimmen hinsichtlich ihrer bewertungsrelevanten Parameter vollständig überein (Perfect-Hedges). Somit erfolgt weder eine Bewertung des Grundgeschäfts noch eine Bewertung des Sicherungsgeschäfts im Hinblick auf das abgesicherte Risiko. Die Effektivität der Bewertungseinheiten wurde mit der Critical-Terms-Match-Methode untersucht. Da die wesentlichen Konditionen der Grund- und Sicherungsgeschäfte übereinstimmen, gleichen sich die gegenläufigen Zahlungsströme bzw. Wertänderungen prospektiv und retrospektiv für die Laufzeit aus. Die in untenstehender Tabelle angegebenen Buchwerte wurden gegebenenfalls mit dem Kassamittelkurs vom 30.12.2010 in EUR umgerechnet.

GRUNDGESCHÄFT DER BEWERTUNGSEINHEIT					
	Buchwert TEUR	davon Zinsrisiko	davon Währungsrisiko	davon Preisänderungs- risiko	davon Bonitätsrisiko
Vermögens- gegenstände	594.310	76.200	–	502.110	16.000
Schulden	591.920	506.000	85.920	–	–
gesamt	1.186.230	582.200	85.920	502.110	16.000

ÜBERGANGSREGELUNGEN ZUM BILANZRECHTS-MODERNISIERUNGSGESETZ (BILMOG)

Bei der erstmaligen Anwendung der neuen Vorschriften des BilMoG zum 01.01.2010 sind eine Reihe von Übergangsregelungen zu beachten. Insbesondere der Artikel 67 des Einführungsgesetzes (EGHGB) enthält Beibehaltungs- und Fortführungswahlrechte sowie andere Erleichterungen, die die Bank wie folgt anwendet:

- Die Aufwandsrückstellungen i.S.d. § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a.F. werden solange fortgeführt, bis sie bei Eintritt des Ereignisses, für das sie gebildet wurden, zweckentsprechend verbraucht werden bzw. wegen Wegfall des Rückstellungsgrundes aufzulösen sind.
- Bei den sonstigen Rückstellungen ergaben sich aus der geänderten Bewertung der Verpflichtungen (höhere Abzinsungssätze) unter Beachtung des Grundsatzes der Einzelbewertung niedrigere Wertansätze. Nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB dürfen die bisherigen höheren Wertansätze beibehalten werden. Von diesem Beibehaltungswahlrecht hat die Bank mit folgendem Ergebnis Gebrauch gemacht:
 - Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen:
Auflösungspotential 11,3 Mio. EUR
 - Rückstellungen im Kreditgeschäft:
Auflösungspotential 4,1 Mio. EUR

Im Geschäftsjahr 2010 konnten mögliche Auflösungen mit erforderlichen Zuführungen saldiert werden. Danach bestehen weiterhin Auflösungspotentiale in nachstehender Höhe bei:

- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen: 0,7 Mio. EUR
- Rückstellungen im Kreditgeschäft: 1,7 Mio. EUR.

KWG-GRUNDSÄTZE

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Bank die geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) jederzeit eingehalten.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
täglich fällig	106.700	7.172
bis drei Monate	1.822.147	1.809.894
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.558.560	1.704.491
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.594.786	8.439.895
mehr als fünf Jahre	6.102.639	7.543.620
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
bis drei Monate	870.229	695.125
mehr als drei Monate bis ein Jahr	946.755	719.884
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.491.266	4.252.251
mehr als fünf Jahre	15.401.111	15.918.443
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
Anleihen und Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig sind	1.919.246	2.041.454
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
täglich fällig	120.830	108.973
bis drei Monate	2.710.223	1.941.538
mehr als drei Monate bis ein Jahr	902.302	2.150.835
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.950.866	6.335.123
mehr als fünf Jahre	8.844.962	8.637.416
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
täglich fällig	92.502	127.009
bis drei Monate	1.609.920	1.360.818
mehr als drei Monate bis ein Jahr	14.784	66.856
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	715.058	773.345
mehr als fünf Jahre	5.253.047	4.542.267
VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN		
bis drei Monate	7.690.832	6.888.223
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.008.571	6.065.335
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14.926.534	12.848.802
mehr als fünf Jahre	2.696.500	2.671.773
davon im Unterposten „begebene Schuldverschreibungen“ im Folgejahr fällig: TEUR 12.699.403 (Vorjahr: TEUR 12.953.558)		

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	–
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.867.572	4.671.309
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	56.954	55.145
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	226.597	226.918
– nachrangige Forderungen	48.581	39.863
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.114.023	2.128.893
In dem Unterposten „Anleihen und Schuldverschreibungen“ sind keine verbrieften nachrangigen Forderungen oder Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten.		
Von den in dieser Position ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
– börsennotiert	17.512.209	16.195.151
– nicht börsennotiert	586.021	781.567
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteilige Zinsen) von TEUR 17.452.277, davon sind TEUR 7.112.238 wie Anlagevermögen bewertet. Der Marktwert dieser Wertpapiere beträgt TEUR 6.899.157. Aufgrund der dauerhaften Halteabsicht werden kurzfristige Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Die Kurswertreserve beläuft sich auf TEUR 361.180. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden soweit möglich Börsenkurse zum Ansatz gebracht. Sofern kein aktiver Markt vorhanden war, wurden Modellwerte verwendet, die wiederum auf Marktdaten (Zins- kurven, Spreadkurven) und auf sonstigen verfügbaren Informationen (z. B. Ausfallwah- rscheinlichkeiten) basieren.		
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
– börsennotiert	–	–
– nicht börsennotiert	–	–

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
BETEILIGUNGEN		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
- börsennotiert	69.330	69.291
- nicht börsennotiert	0	0
ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN		
In diesem Posten sind keine Anteile enthalten, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind.		
TREUHANDVERMÖGEN		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
- Forderungen an Kreditinstitute	82.912	90.006
- Forderungen an Kunden	25.440	35.173
SACHANLAGEN		
Enthalten sind		
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	116.258	118.251
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.495	5.738
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
davon nachrangig	7.530	7.517
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	108.777	61.513
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	53.761	59.715
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.232.614	1.212.290
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.484	20.453
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	92.868	104.726

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	26.198	33.504
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	8.740	14.835
NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN		
In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsgesellschaften bzw. verbundenen Unternehmen enthalten.		
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen angefallen in Höhe von	31.724	31.616

Die Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währung:	JPY
Betrag in Mio EUR:	93,1
Zinssatz in %:	2,14
Fällig am:	24.08.2018

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind ausschließlich für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
- Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	514.763	-,-
- Forderungen aus Swaps und sonstigen Geschäften	141.577	104.163
- Kunstgegenstände	14.284	14.115
- Forderungen aus Verkauf bebauter Grundstücke	8.141	9.608
- Partizipationsscheine	7.530	7.517
- Optionsrechte	2.580	5.777
SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
- Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	-,-	204.128
- endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	120.063	90.542
- Stillhalterverpflichtungen aus Optionen	2.580	5.777
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
- von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	-,-	420.416
- vorab empfangene Einmalzahlungen aus Swaps	378.433	68.133
RÜCKSTELLUNGEN		
unter den anderen Rückstellungen:		
- Rückstellungen für im Rahmen von Förderaufgaben aufzubringende Zinsverbilligungsmittel	-,-	510.545
- Rückstellungen für zugesagte zinsverbilligte Darlehen	45.164	-,-
EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind vor Abzug der Risikovorsorge enthalten:		
- Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	1.391.069	2.114.630
- Credit Default Swaps	5.007.887	5.319.612
Der überwiegende Teil der Eventualverbindlichkeiten beinhaltet Kreditrisiken von Kreditnehmern erstklassiger Bonität. 96,2 % des Gesamtbestandes an Eventualverbindlichkeiten besitzen ein Investment-Grade-Rating. Von den unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von EUR 7.831 Mio. entfallen EUR 5.731 Mio. auf ein durch das Land Baden-Württemberg garantiertes Geschäft.		
PROVISIONSERTRÄGE		
- Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	30.308	28.362
- Erhaltene Bürgschaftsgebühren	15.231	13.872
PROVISIONSAUFWENDUNGEN		
- Gezahlte Bürgschaftsgebühren	2.807	6.100
SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		
- Erträge aus Vermietung	6.107	5.832
- Erträge aus Dienstleistungen für Dritte	5.152	6.311
- Auflösung von Rückstellungen	4.188	701

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare inkl. USt. an den Abschlussprüfer erfasst:		
– für die Abschlussprüfungsleistungen	446	446
– für andere Bestätigungsleistungen	90	150
– für sonstige Leistungen	0	6
SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		
– Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	19.157	19.157
ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		
– Außerplanmäßige Abschreibungen	44.467	189.365
– davon bonitätsbedingte Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens	31.836	–,-
GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN		
– Vermögensgegenstände	1.241.168	895.807
– Schulden	15.868.661	10.972.469
Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt. Die Währungsumrechnung ergab einen sonstigen betrieblichen Ertrag in Höhe von	154	446

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Für die Refinanzierung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren bei der Deutschen Bundesbank Wertpapiere in Höhe von insgesamt EUR 9.116,7 Mio. (Vorjahr EUR 10.870,1 Mio.) hinterlegt. Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren per 31.12.2010 keine Wertpapiere kreditiert (Vorjahr EUR 1.000 Mio.). Per 31.12.2010 befanden sich Wertpapiere in Höhe von 231,7 Mio. EUR in Pension.

GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden, haben per 31.12.2010 einen Bilanzwert in Höhe von EUR 16,4 Mio. Hierbei handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von EUR 12,5 Mio.

Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 01.01.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Damit haftet die L-Bank als Gewährträger für alle bis 18.07.2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch entsprechend ihren Kapitalanteilen. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank für vor dem 01.01.2005 eingegangene Verbindlichkeiten kann sie die bisherigen Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 und 3 a HGB n.F., die für die Beurteilung der Finanzlage der Bank von Bedeutung sind.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte im Sinne des § 36 RechKredV), die mit Ausnahme der Kreditderivate überwiegend der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven mit negativen Marktwerten (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen konkursfeste Nettingvereinbarungen vor. In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen. Gemäß § 285 Nr. 18 HGB sind die mit der Marktwertbewertungsmethode bewerteten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt:

DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA	Nominal- werte	Nominal- werte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
In Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2009
ZINSRISIKEN						
– Zinsswaps	74.096	78.700	2.092	–3.237	2.082	–2.713
– Zinsoptionen						
Käufe (long)	60	230	2	–	8	–
Verkäufe (short)	60	230	–	–2	–	–9
Zinsrisiken – gesamt –	74.216	79.160	2.094	–3.239	2.090	–2.722
WÄHRUNGSRISIKEN						
– Devisentermingeschäfte, -swaps	6.709	2.715	143	–59	70	–9
– Währungs-, Zinswährungsswaps	9.860	8.861	720	–243	263	–361
Währungsrisiken – gesamt –	16.569	11.576	863	–302	333	–370
AKTIEN UND SONSTIGE PREISRISIKEN						
– Aktientermingeschäfte (nennwertlos)	–	–	–	–	–	–
Aktien und sonstige Preisrisiken – gesamt –	–	–	–	–	–	–
KREDITDERIVATE (CDS)						
– Sicherungsgeber	5.008	5.320	1	–154	1	–115
– Sicherungsnehmer	–	–	–	–	–	–
Kreditderivate – gesamt –	5.008	5.320	1	–154	1	–115

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergibt sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von EUR 719 Mio. sind die positiven Marktwerte der Zins-/Währungsswaps und Devisenswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein aktivischer Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2010 saldiert einen negativen Marktwert von EUR 1.145 Mio. auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet. In den aktiven und passiven Bilanzposten sind zinsinduzierte stille Reserven enthalten, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.

Die Credit Default Swaps (CDS), bei denen die L-Bank Sicherungsgeber ist, sind mit dem Nominalvolumen von EUR 5.008 Mio. in den Eventualverbindlichkeiten enthalten.

DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG	Nominalwerte	Nominalwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
In Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2009
– Banken in der OECD	85.613	86.451	2.607	–3.276	2.097	–2.903
– Öffentliche Stellen in der OECD	–	–	–	–	–	–
– Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	10.180	9.605	351	–419	327	–304
Gesamt	95.793	96.056	2.958	–3.695	2.424	–3.207

DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Kreditderivate
Nominalwerte	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Restlaufzeiten						
– bis 3 Monate	3.295	5.664	6.092	2.749	35	60
– bis 1 Jahr	6.388	7.821	3.317	2.517	45	375
– bis 5 Jahre	37.009	36.149	5.916	5.189	1.392	1.119
– über 5 Jahre	27.524	29.526	1.244	1.121	3.536	3.766
insgesamt	74.216	79.160	16.569	11.576	5.008	5.320

Die dargestellten Geschäfte enthalten keine Handelsgeschäfte.

BEWERTUNG DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten zum 30.12.2010, die die Bank von externen Anbietern bezieht: Zinskurven, Wechselkurse, CDS-Spreadkurven, CFC-, Swaption-, FX-Volatilitäten. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z.T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

Produktgruppe	wesentliches Bewertungsmodell
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Caps/Floors, Swaptions	Black 76
Komplexe Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)
Kreditderivate	Intensitätsmodell

ANGABEN ZUR STEUERPFICHT

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340 A (4) NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelb. Anteile %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
1. Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.642	1.652
2. APOGENIX Biotechnology AG, Heidelberg	20,00	***	***
3. Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.427	-3.543
4. CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	44,75	4.860	-4.046
5. Dorner GmbH, Gaildorf	40,00	***	***
6. EB Automotive Group GmbH, Wallerstein	30,97	-19.937	-1.821
7. flyion GmbH, Tübingen	41,18	411	-322
8. Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG i. L., Gottmadingen	100,00	541	-342
9. greenovation Biotech GmbH, Heilbronn	32,90	336	-2.447
10. KOKI TECHNIK Holding GmbH, Konstanz	36,55	6.057	-4.293
11. Louis Renner GmbH & Co. KG, Gärtringen	37,40	1.796	747
12. MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	35.787	1.532
13. Mellifera 3. Beteiligungsgesellschaft mbH, Weinheim	26,00	10.447	4.126
14. Micropelt GmbH, Freiburg	20,10	-3.442	-1.757
15. Mindlab Solutions GmbH, Esslingen	47,72	1.218	-633
16. novalung GmbH, Talheim	23,63	572	-3.887
17. Panoratio Holdings Inc., San Francisco, USA	20,51	-166	-1.016 **
18. IntelliShop Holding GmbH, Achern (vormals Platin 594. GmbH)	27,60	****	****
19. PT German Centre Indonesia, Bumi Serpong Damai, Indonesien	83,67	-7.501	-239 **

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340 A (4) NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelb. Anteile %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
20. Renner, Megenhardt & Co. GmbH, Gärtringen	37,35	163	7
21. Schwarzer GmbH, Heilbronn	21,00	771	231
22. seleon GmbH, Heilbronn	31,70	1.481	-1.653
23. StEP Stuttgarter EngineeringPark GmbH, Stuttgart	100,00	7.648	2.274
24. Stulz H + E GmbH, Grafenhausen	49,00	36.671	1.705
25. SYMPORE GmbH, Tübingen	34,98	***	***
26. Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	9.604	1.119
27. Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	6.620	-422
28. Ulrich GmbH & Co. KG, Ulm	21,29	6.781	2.711
29. Ulrich Verwaltungs GmbH, Ulm	21,32	51	2
30. Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	-560	-952

* Jeweils des letzten vorliegenden Geschäftsjahres.

** Umrechnungskurs: 1 EUR = 13.510 IDR; 1 EUR = 1,328 USD.

*** Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

**** Wegen Neugründung liegt kein Jahresabschluss vor.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

ANLAGEN-SPIEGEL								
Anlagevermögen – Bilanzposten –	Anschaffungs- kosten 01.01.2010 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Zuschreibungen TEUR	Abschreibungen und Wertbericht. kumuliert TEUR	Buchwert 31.12.2010 TEUR	Abschreibungen und Wertbericht. 2010 TEUR
Schuldverschr. und andere festverz. Wertpapiere	16.446.858						17.452.277	–
Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere	–				Nettoveränderung nach § 34 (3) S. 2 RechKredV: TEUR 711.287		–	–
Beteiligungen	755.797						475.562	–12.630
Anteile an verb. Unternehmen	36.906						23.009	–
Immaterielle Vermögenswerte	11.414	8.463	–	–	–	–11.816	8.061	–2.544
Sachanlagen	225.904	4.873	–340	–	–	–94.184	136.253	–8.100
Sonstige Ver- mögensgegen- stände	14.137	177	–8	–	–	–22	14.284	–

GESAMTBZÜGE VON GREMIEN UND VERWALTUNGSORGANEN DER L-BANK

Bezüge der Vorstände In TEUR	fixe Bezüge		variable Bezüge		sonstige Bezüge		Gesamtsumme	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Christian Brand	432	432	226	256	20	18	678	706
Jürgen Hägele	322	322	181	205	18	18	521	545
Dr. Manfred Schmitz-Kaiser	284	283	158	180	24	21	466	484
Dr. Karl Epple	268	268	90	103	12	12	370	383
	1.306	1.305	655	744	74	69	2.035	2.118

Die Mitglieder des Vorstandes haben in 2010 Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 71 TEUR erhalten. Für Mandate in konzern eigenen Unternehmen werden Vergütungen nicht gewährt.

Die Mitglieder des Vorstandes haben eine Zusage auf Zahlung eines Ruhegehalts nach Beendigung der Vorstandstätigkeit. Die Höhe des Ruhegehalts orientiert sich an einem vereinbarten Prozentsatz der letzten Jahresgrundvergütung.

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
- Verwaltungsrat	155	153
- Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebenen	844	803
- Bezüge Beirat (inkl. Reisekosten)	60	3
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen Pensionsrückstellungen	10.908	11.718

KREDITE AN VERWALTUNGSORGANE (EINSCHL. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE)

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
- Verwaltungsrat	401	174
- Vorstand	694	571

Alle Kredite sind marktgerecht verzinst.

**ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2010
BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER**

	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter	508	679	1.187
davon: Vollzeitbeschäftigte	487	395	882
Teilzeitbeschäftigte	21	284	305
ohne Auszubildende, Praktikanten			

MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEM. § 340 A ABS. 4 NR. 1 HGB

CHRISTIAN BRAND, VORSITZENDER DES VORSTANDS

BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	Mitglied des Verwaltungsrats
Schwäbische Hüttenwerke Automotive GmbH, Wasseralfingen	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot Holding AG, Ludwigsburg	Mitglied des Aufsichtsrats
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Mitglied des Aufsichtsrats

JÜRGEN HÄGELE, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

Business-Park Göppingen GmbH, Göppingen	Mitglied des Aufsichtsrats
Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG i. L., Gottmadingen	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	Stv. Mitglied des Verwaltungsrats
Internationales Bankhaus Bodensee AG, Friedrichshafen	Mitglied des Aufsichtsrats

DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER, MITGLIED DES VORSTANDS

BioPro Baden-Württemberg, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG i. L., Gottmadingen	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

DR. KARL EPPLE, MITGLIED DES VORSTANDS

Baden-Württembergische Spielbanken Managementgesellschaft mbH, Baden-Baden	Mitglied des Aufsichtsrats
Bau- und Wohnungsverein Stuttgart, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats
EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe	Mitglied des Aufsichtsrats
Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG i. L., Gottmadingen	Mitglied des Aufsichtsrats

ORGANE DER L-BANK

VORSTAND	VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER 2010		
<p>Christian Brand Vorsitzender</p>	<p>Ordentliche Mitglieder</p>		<p>Beratende Mitglieder</p>
<p>Jürgen Hägele Stv. Vorsitzender</p>	<p>Vertreter der Landesregierung *</p>	<p>Weitere Mitglieder**</p>	
<p>Dr. Manfred Schmitz-Kaiser</p>	<p>Ernst Pfister MdL Wirtschaftsminister Vorsitzender</p>	<p>Martin Lamm Geschäftsführer Bauunternehmung Lamm</p>	<p>Clemens Meister Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe</p>
<p>Dr. Karl Epple</p>	<p>Willi Stächele MdL Finanzminister Stv. Vorsitzender</p>	<p>Wirtsch.-Ing. Bernd Bechtold Präsident der IHK Karlsruhe</p>	<p>Reiner Enzmann Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe</p>
	<p>Heribert Rech MdL Innenminister Stv. Vorsitzender</p>	<p>Heinz Kälberer Oberbürgermeister a. D., Vaihingen</p>	<p>Thomas Dörflinger Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart</p>
	<p>Rudolf Köberle MdL Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Stv. Vorsitzender ab 24.02.2010</p>	<p>Leni Breymaier Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg</p>	
	<p>Peter Hauk MdL Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stv. Vorsitzender bis 24.02.2010</p>	<p>Dr. Jürgen Schütz Landrat a.D.</p>	
	<p>Tanja Gönner Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr</p>	<p>Gerhard Burkhardt Vorsitzender des Vorstands des Verbandes baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e. V.</p>	
	<p>Dr. Monika Stolz MdL Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren</p>	<p>Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach Geschäftsführender Partner Doertenbach & Co. GmbH</p>	
	<p>Hubert Wicker Staatssekretär im Staatsministerium</p>		
	<p>Ingo Rust MdL Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg ab 19.10.2010</p>		
	<p>Dr. Gisela Meister-Scheufelen Ministerialdirektorin im Finanzministerium bis 18.10.2010</p>		

* Mitglieder kraft Amtes

** persönlich bestellt

Stellvertretende Mitglieder

Stellvertreter der Landesregierung

Richard Drautz Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
Dr. Stefan Scheffold MdL Staatssekretär im Finanzministerium ab 24.02.2010
Gundolf Fleischer MdL Staatssekretär im Finanzministerium bis 24.02.2010
Günther Benz Ministerialdirektor im Innenministerium
Dr. Albrecht Rittmann Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Bernhard Bauer Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt Naturschutz und Verkehr

Dieter Hillebrand MdL Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozial- ordnung, Familien und Senioren
Michael Kleiner Ltd. Ministerialrat Leiter der Abt. I im Staatsministerium
Reinhold Gall MdL Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg ab 19.10.2010
Prof. Dr. Claus Eiselstein Ministerialdirigent Leiter der Abt. III im Staatsministerium bis 18.10.2010

Stellvertreter

Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe
Dr.-Ing. Hansjörg Rieger Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH & Co. KG
Gerhard Roßwog Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.
Frank Zach Leiter der Abteilung Wirtschaft beim DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg bis 31.03.2010
Roger Kehle Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg
Andreas Schmitz Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Wilhelm Freiherr von Haller Vorsitzender des Vorstands der Sal.Oppenheim jr. & Cie.

Weitere Stellvertreter
der Landesregierung

Prof. Dr. Willi Weiblen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Wirtschafts- ordnung und Verwaltung im Wirtschaftsministerium
Walter Leibold Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Beteiligungen im Finanzministerium
Volker Jochimsen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verfassung, Kommunal- und Sparkassenwesen, Recht im Innenministerium
Joachim Hauck Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Jutta Lück Ministerialdirigent Leiterin der Abteilung Verwaltung im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Thomas Halder Ministerialdirektor Ministerium für Arbeit und Sozial- ordnung, Familien und Senioren
Dr. Georg Walch Ministerialrat Leiter des Referats Haushalts- und Steuerpolitik, Steuerschätzung, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium
Norbert Schmitt Ltd. Ministerialrat Leiter des Referats Staatl. Beteiligungen, Kreditwesen im Finanzministerium

VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2010 von EUR 149.982.203,21 eine Ausschüttung in Höhe von EUR 130,0 Mio. an das Land Baden-Württemberg vorzunehmen, den anderen Gewinnrücklagen 19,0 Mio. EUR zuzuführen und den danach verbleibenden Betrag von EUR 982.203,21 auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 22. März 2011

L-Bank

Christian Brand Jürgen Hägele Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Dr. Karl Epple

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2010

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 22. März 2011

Christian Brand Jürgen Hägele Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Dr. Karl Epple

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der L-Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von

Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 22. März 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ralf Steffan
Wirtschaftsprüfer



Herausgeber:
L-Bank

Schlossplatz
76113 Karlsruhe

Tel. 0721 150-0
Fax 0721 150-1001

Börsenplatz 1
70174 Stuttgart

Tel. 0711 122-0
Fax 0711 122-2112

www.l-bank.de